

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Halbjährlich: Monats-
 lich 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 8.— RM. für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Sendung ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Zimo-
 naci, Holland, Breslau, Schweden
 und die Sammler, Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheinung täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Ber. Nr.“

Der Anzeigenpreis
 beträgt f. die siebengetragene Kolonnen-
 zeile 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (zu-
 läufig 2 festgedruckte Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Einzelanzeigen
 und Schlafstellenanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Kreuzungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Vereins-
 anzeigen 30 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Mittwoch, den 16. Januar 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Heftige Kämpfe am Monte Pertica.

An der Krise vorbei.

In der Presse geht die Unterhaltung darüber weiter, ob sich durch die letzten Konferenzen etwas an der politischen Gesamtlage geändert hat oder nicht. Die Antwort darauf ist einfach: wenn die Regierung, woran lokalweise nicht gezwweifelt werden kann, den Abgeordneten die Wahrheit gesagt hat, dann hat sich nichts geändert. In diesem Sinne führt auch die „Germania“ aus:

„Die Grundlagen unserer Friedenspolitik bleiben in der Tat die alten: Nach dem Osten gelten die Erklärungen des Reichskanzlers vom 29. November weiter mit ihrem Vorkenntnis zum Selbstbestimmungsrecht. Im übrigen ist eine Bindung unserer Kriegspolitik nach anderen Seiten nicht erfolgt. Auch an der Absicht, das Selbstbestimmungsrecht der östlichen Grenzvölker lokal durchzuführen, wird in dem bekannten Sinne festgehalten. Aus dieser Sachlage folgt, daß dem Staatssekretär von Kühlmann für die Verhandlungen in Brest-Litowsk keine neuen Weisungen gegeben werden brauchten. Es sind auch tatsächlich keine ergangen.“

Eine andere Frage ist, ob uns die Abwehr einer Verschlechterung der deutschen Politik genügen kann. Wir wünschen, wie allgemein bekannt, eine Verbesserung in dem Sinne, daß die lokale Absicht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten, tatkräftig in Erscheinung tritt. Geht dieser Wunsch in Erfüllung, so werden die Verhandlungen in Brest-Litowsk trotz aller anfänglichen Schwierigkeiten noch zu einem guten Ende kommen, anderenfalls werden sie scheitern.

Die Regierung weiß auf der einen Seite, was auf dem Spiele steht, auf der anderen ist ihr, wenn sie mit den Russen zu einer Verständigung über das Selbstbestimmungsrecht kommt, die Rückenbedeckung sicher. Eine Regierung, die den ersten Frieden zustande gebracht hat, wird festen Boden unter den Füßen haben. Würde dagegen der Frieden daran scheitern, daß die deutsche Regierung dem Begriff des Selbstbestimmungsrechts eine dem deutschen Volk unverständliche Deutung gäbe, so wäre der Rückschlag auf die allgemeine Stimmung gefährlich. So liegen die Dinge!

Im Hauptausfluß hat gestern Graf Westarp den „Post- und Zeitungs“ einer Indiskretion zu beschuldigen versucht, weil er schon gestern früh mitteilte, was Herr v. d. Busche gestern nachmittag im Hauptausfluß erklärte. Der Kerger des Grafen Westarp richtet lediglich daher, daß der negative Erfolg des alldeutschen Hauptangriffs vor aller Welt festgestellt worden ist.

Verhaftung Caillaux'.

Paris, 14. Januar. (Gavas) Caillaux ist heute morgen verhaftet und unverzüglich in das Gefängnis für Straftäter übergeführt worden.

Ueber die Wirkung dieses Ereignisses teilt die „Patrie“ mit: Die neue Verhaftung wurde in der Kammer knapp vor Mittag bekannt. Die in der Bibliothek oder in den Ausschüßsälen arbeitenden Abgeordneten umzingelten gleich die Journalisten, die die Nachricht überbrachten. Die Aufregung war ungeheuer. Die Verhaftung machte, wie Gavas berichtet, in der Öffentlichkeit großen Eindruck. Das Publikum riß sich förmlich um die Abendblätter und besprach eifrig die Nachricht. Alle Abendblätter erschienen mit großen Ueberschriften, wie „Die Verhaftung des Freundes Volos“ oder „Hochverrats-Verbrechen“ oder „Ein Theaterstreich“. Ohne bestimmte Ursachen für die Verhaftung zu nennen berichten die Blätter von der Durchsuchung eines Schließfaches, das Caillaux in Florenz unter dem Namen Renouard in der Banca Italiana di Sconto habe. Nach dem Transigeant hätte man in diesem Schließfach Wertpapiere in beträchtlicher Höhe und Papiere gefunden, deren Bedeutung unbestreitbar sei. Das Blatt fügt hinzu: Es ist ein Schriftstück in die Hände der Militärgerichtsbarkeit gelangt, dessen Bedeutung und Wichtigkeit nicht gestattet, Caillaux länger auf freiem Fuß zu lassen. Der „Temps“ sagt, daß es sich um ein belastendes Schriftstück handelt, das in der ausländischen Presse vielleicht binnen kurzem publiziert werden könnte. Diesen Darstellungen tritt das Organ Caillaux, die „Patrie“, mit der Erklärung entgegen, daß sich in dem Schließfach nichts befand, was sich auf die Beschuldigung bezog, Caillaux habe der Bundesgenossenschaft Frankreichs schaden wollen.

Die Gewalttatür Clemenceau schafft sich strupellos die Möglichkeiten, die sie für ihr Ziel braucht. Eine Gavasnote bestätigt der Eindruck der französischen Deputiertenkammer, daß die Verhaftung Caillaux weniger eine Folge des Ergebnisses der Untersuchung ist, als die politische Entscheidung und Entschließung Clemenceaus. Caillaux muß aus der politischen Aktion ausgeschaltet werden. Der Imperialismus fürchtet diesen Gegner seiner Pläne wie einen Tod-

Scheiternde Angriffe gegen den Asolone und den Vertica.

Kriegerisch. Großes Hauptquartier, 15. Januar 1918. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekampf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Asolone und Monte Vertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Die tagsüber in den Angriffsabschnitten anhaltenden Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen im Piave-Delta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 15. Januar 1918, abends. Kriegerisch.

Zwischen Brenta und Piave vielfach heftiger Feuerkampf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Nichtamtlich. Wien, den 15. Januar 1918. Kriegerisch wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen der Brenta und dem Monte Vertica ging der Italiener nach harter, zeitweise zum Trommelfeuer gesteigerter Artillerievorbereitung zum Infanterieangriff über. Nach sehr heftigen Nahkämpfen gelang es dem Feinde, an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen. Im Gegenstoß wurde er jedoch auf diesen geworfen. Im ganzen Angriffsraum ist die vorderste Kampflinie voll in unserem Besitze. Der Gegner erlitt schwere Verluste.

An der unteren Piave wurde ein feindlicher Vorstoß bei Bressanin rasch zum Stehen gebracht.

Der Chef des Generalstabes.

feind. Die bisher ausgestöberten „Dokumente“ reichten nicht aus, mit einigem Grunde vor der Öffentlichkeit den Prankschlag gegen Caillaux zu führen, der den Gefürchteten beschleunigt parlamentarisch mundtot macht. So wird nunmehr ein neues Dokument „entdeckt“, mit einem zweckmäßigen Kommentar betan und alsbald ohne Befragen der Kammer zu dem gewollten Gewaltstreich verwertet. Das Unternehmen schmeckt nach echter Politarbeit, und daß Clemenceau sich nicht scheut, dies Mittel spielen zu lassen, beweist, wie dringend ihm das Vorgehen nötig schien. Er fordert das Parlament heraus und dürfte der Meinung sein, der Augenblick sei dieser Herausforderung günstig.

Der Ausgang des Interpellationsansturms, kombiniert mit der bisher in der Caillaux-Frage von der Kammer gezeigten Haltung, wird Clemenceau in der Tat kaum fürchten lassen, daß die Kammer ihn jetzt in Stiche lassen wird. Die Kriegsparteien brauchen einen rücksichtslos entschlossenen Führer, wenn sie der Gefahr der schiefen Ebene entrinnen wollen. Clemenceau ist ihr bester Babanquemann und er wird rechnen, daß sie ihn nicht fallen lassen werden, um einen Caillaux der Gerechtigkeit zuliebe zu retten. Selbst wenn es aber nach langwieriger Untersuchung, die sich durch tausend raffinierte Mittel dehnen läßt, gelänge, Caillaux auf freiem Fuß zu bringen, so wäre doch vorläufig erreicht, was Clemenceau und seine Leute wünschen.

Kulturelement Frankreichs und der Welt war. Nun legte sie dreist Hand an die Freiheit eines Caillaux, und wenn sie kann, wird sie sein Leben nicht schonen.

Paris, 14. Januar. „Deuvre“ stellt aus Zeitchriften von der Front fest, daß fortgeschrittliche Blätter wie „Deuvre“, „Pays“, „Journal du Peuple“, „Bataille“, ferner auch „Domäne und Inhalt“, bevor er umgetauft wurde, auf vielen Frontabschnitten verboten sind und keine Abonnements auf diese Blätter angenommen werden dürfen, daß dagegen Blätter wie „Journal“, „Matin“, „Petit Parisien“, „Action Française“, in Unmengen verbreitet werden. „Deuvre“ werde als verdächtig aufgeführt, wogegen das Blatt energisch protestiert und gleiches Recht für alle Zeitungen verlangt.

Die schon mitgeteilt wurde, gehört auch die „Humanität“ zu den an der Front verbotenen Blättern, und es wäre ein Wunder, wenn andere sozialistische Blätter eine andere Behandlung erfahren. Es ist die Zeit der Vorfrage, um das Heer gegen die Stürme zu sichern, die im Innern bei dem jetzt aufgerichteten Regiment und bei dem Anwachsen der Bewegung gegen den Krieg nicht ausbleiben werden.

Zur livländischen Frage.

Von Dr. Alexander Lipschütz, Riga.

Genosse Dr. Lipschütz, Privatdozent an der Universität Riga, ehemaliges Mitglied des sozialdemokratischen Komitees für Aurland und Livland, sendet uns längere Ausführungen zur livländischen Frage, denen wir das Folgende entnehmen. Von der Auffassung ausgehend, daß die Bewohner der besetzten Gebiete völlig frei über ihr Schicksal entscheiden sollen, würden wir die Unterdrückung dieser beachtlichen Stimme, die sich für das Verbleiben jener Länder im russischen Reichsverband ausspricht, für unstatthaft halten. Da sich Graf Hertling auch neuerdings wieder zu seiner Erklärung vom 28. November über das Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt hat, bleiben die Vorschläge vom 28. Dezember interpretationsfähig, sie können also noch im Laufe der Friedensverhandlungen eine Abänderung erfahren, die das Selbstbestimmungsrecht tatsächlich festschreibt. Die Bewohner der besetzten Gebiete werden dann selbst zu entscheiden haben, ob sie sich den Anschauungen des Genossen Dr. Lipschütz anschließen wollen oder nicht.

Red. d. „Vorwärts“.

Aus den Vorschlägen, die Deutschland auf der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk am 28. Dezember gemacht hat, geht hervor, daß Deutschland die Absicht hat, Aurland und Teile von Livland und Estland zu annektieren. Gegenüber den russischen Vorschlägen, die deutschen Truppen aus dem besetzten Aurland, Livland und Estland zurückzuführen, damit das lettische Volk die Möglichkeit habe, über das zukünftige politische Schicksal des Landes zu entscheiden, stellt Deutschland sich auf den Standpunkt, daß der Volkswille in Aurland und Riga schon während der deutschen Okkupation zum Ausdruck gekommen sei.

Es ist für jeden denkenden Menschen klar, wie der „Volkswille“ in einem okkupierten Lande zum Ausdruck kommen kann. Der „Volkswille“ in Aurland ist auf dem „Landtag“ in Mitau unter Vorsitz eines aurländischen Adligen zum Ausdruck gebracht worden. Dieses Kunstprodukt eines „Landtags“ hat sich für die Annexion Aurlands durch Deutschland ausgesprochen.

Man glaubt durch die Geschichte Liv-, Aurland und Estlands begründen zu können, daß diese drei Länder zu Deutschland gehören, daß ihre Annexion durch Deutschland nur die Vollendung ihrer organischen Entwicklung sei. Demgegenüber behaupte ich, daß die Annexion der drei baltischen Provinzen oder eines Teiles derselben eine gewaltsame Unterbrechung einer jahrhundertlangen Entwicklung wäre gegen den Willen und gegen das Interesse einer hochkultivierten und nationalen Bevölkerung.

Auf den ersten Blick scheint es mit dem Deutschtum der baltischen Provinzen — oder Livlands in weiterer Sinne — sehr klar zu stehen. Livland ist die erste deutsche überseeische Kolonie, von deutschen Rittern begründet. Dem deutschen Ritter, der nach Livland zog, folgte der Kaufmann und es folgte ihm der Handwerker, die Städtebauer. Nicht aber der deutsche Landmann — und das war, vom deutschen nationalen Standpunkt aus betrachtet, das Verhängnis. Die kolonisierende deutsche Oberschicht war natürlich sehr darauf bedacht, eine unüberwindbare soziale Schranke zwischen dem freien „Herr“ und dem unfreien „Knecht“ aufrechtzuerhalten. Dieser Gegensatz aber wurde hier zum Gegensatz zwischen den Deutschen und dem lettisch-estnischen Volke; der soziale Gegensatz trat hier notwendigerweise auch als ein nation-

males Geschick auf. Die erwachende Demokratie in Livland konnte nur lettisch und estnisch sein. Daß die Deutschen in der Verwaltung Livlands die Oberhand behielten, hatten sie nur der reaktionären russischen Regierung zu danken, die trotz ihrer schwachen Russifizierungspolitik einen großen Teil der deutschen Sonderrechte in der inneren Verwaltung des Landes und der Stadt nicht aufhob. Die Landtage der drei Provinzen durften trotz aller Russifizierung deutsche Adelsversammlungen bleiben — in Riga heißt das Landtagsgebäude auch heute noch „Mittlerhaus“ —, die Stadträte blieben Versammlungen der deutschen Hansbesten. Zudem die russische Revolution mit allen politischen Vorrechten des Standes und des Besitzes aufgeräumt hat, hat sie auch in Livland mit dem Deutschtum als einer bevorrechteten politischen Macht aufgeräumt.

Aus der objektiven Tatsache, daß der deutsche Ritter und der freie deutsche Städter in Alt-Livland einem unfreien Bauer anderen, damals auch weniger kultivierten Stammes gegenüberstanden, erwuchs ein bedeutungsvolles subjektives Moment: der Mangel eines national-livländischen Empfindens bei der herrschenden deutschen Oberschicht in Livland. Im Verlaufe des ganzen Mittelalters waren in Livland dieselben antinationalen Kräfte wirksam wie in Deutschland: Ritter, Erben, Geistlichkeit und Städte befehleten einander. Ein allgemeines Chaos von sich widersprechenden sozialen Elementen, ohne jede nationale Maßlinie, ohne jede nationale Konsequenz. Das alles galt auch für Deutschland. Aber für Livland kam eben das subjektive Moment hinzu, das die antinationalen Kräfte in noch stärkerem Maße entfestete. Und das Sonderinteresse der baltischen Ritterschaft stets entscheidend war, schloßerte der feudale Adel mit allen mächtigen näheren oder entfernteren Nachbarn auf Kosten der anderen livländischen sozialen Schichten, sobald das dem feudalen Sonderinteresse irgendwie entsprach. Der baltische Adel ließ sich bis in die jüngste Zeit die reaktionärsten Staatsmänner. Der Livland kennt, wird leider zuweilen müssen, daß die geistige Atmosphäre der livländischen Deutschen von einem geradezu schauerhaften russischen Byzantinismus erfüllt ist.

Es zeigt sich durch die livländische Geschichte wie ein roter Faden eine nationale Selbstverleugnung zugunsten des feudalen Sonderinteresses. Noch in der jüngsten Zeit hat der baltische Adel das national-livländische Interesse verleugnet, indem er sich während der Revolution von 1905, die ein Kampf der lettisch-estnischen Demokratie gegen die deutsche oligarchische Aristokratie war, mit der reaktionären russischen Regierung gegen das Land verbündete.

Indem der baltische Adel es nicht erreicht hatte, daß das Volk sprachlich mit der Oberschicht veräsmolz, indem er ferner aus diesem Unvermögen Kapital zugunsten seiner Sonderinteressen schlug und die Interessen einer livländischen Nation nicht verleugnete, hat er die oben schon gekennzeichnete Situation heraufbeschworen: das Erwachen einer livländischen Nation konnte nur das Erwachen einer lettisch-estnischen Nation sein. Die Entfernung der feudalen und großbürgerlichen Oberschicht von der ausschließlichen Verwaltung des Landes, die das Ziel der Demokratie ist, konnte im gegebenen Fall nur die Entfernung Deutscher sein. Die lettisch-estnische Demokratie ist die nationale Bollung der jahrhundertlangem livländischen Geschichte. Die Annexion Livlands durch Deutschland wäre dagegen eine gewaltsame Unterbrechung dieser Geschichte.

Jeder der 160 000 Deutschen in Livland ist ein Glied der nationalen livländischen Gemeinschaft, und jeder von ihnen hat das Anrecht, die Vorteile zu genießen, die ihm aus seinen persönlichen Eigenschaften im sozialen Leben einer Demokratie erwachsen können. Die Konstituierung einer freien lettisch-estnischen Demokratie bedeutet nicht die Unterdrückung der deutschen Livländer, sondern die Ausmerzung der Vorrechte der feudalen Herren und der Großbourgeoisie.

Wir haben das herrliche Beispiel der demokratischen Schweiz vor Augen, in der Deutsche, Franzosen und Italiener friedlich beisammen leben. Wie die 7 Proz. Tessiner Italiener ihr Recht gegenüber den 70 Proz. deutschsprachigen Schweizern finden, so werden es auch die 7 Proz. deutscher Livländer gegenüber den 85 Proz. Letten und Esten in der livländischen Demokratie finden. Eine Demokratie kann nicht die Rechte irgendeiner Gruppe schmälern, wenn sie nicht den Rest abgeben will, auf dem sie sitzt.

Die Hoffnungen der lettischen und estnischen Demokratie haben sich durch die russische Revolution erfüllt. Früher, solange das zaristische Rußland noch bestand, konnte man sich fragen, ob es nicht das Nützlichste wäre, eine Loslösung der baltischen Provinzen von Rußland und ihre Umwandlung in einen lettisch-estnischen Pufferstaat zu erstreben. Jetzt, wo die Revolution den Zarisismus hinweggeräumt hat, kann von einer Lösung der Frage im Sinne eines Pufferstaates keine Rede mehr sein. Es liegt im Interesse sowohl der lettisch-estnischen Demokratie, daß Liv-, Kur- und Estland bei Rußland bleiben.

Die junge russische Demokratie will mit dem deutschen Volke in dauerndem Frieden leben. Aber dieser dauernde Frieden wird nur möglich sein, wenn das offizielle Deutschland darauf verzichten wird, Rußland um eine seiner wichtigsten Existenzbedingungen, d. h. um die baltischen Provinzen zu bringen. Die Annexion dieser Provinzen wäre nur die Einleitung zu weiteren Kriegen.

Auch die kleine lettisch-estnische Demokratie wünscht den Frieden, um alle ihre Kraft dem Wiederaufbau ihres Landes, dem Neubau ihres nationalen Lebens widmen zu können. Jeder Deutsch-Livländer, der im Rahmen der lettisch-estnischen Demokratie seine Kräfte dem engeren Vaterlande leihen will, wird willkommen sein. ... Aber jetzt ist Riga nicht frei. Riga ist so wenig deutsch, wie Zürich und Schaffhausen deutsch sind; und Riga ist so wenig „trunken vor Jubel“, wie Zürich und Schaffhausen es wären, wenn dort nicht die eidgenössische Demokratie, sondern deutsche Truppen die Macht in der Hand hätten.

Vorbereitung des russischen Staatsbankrotts.

Petersburg, 13. Januar. Neutermeldung. Der Oberste Rat für das nationale Eigentum hat einen Entwurf eines Dekretes zur Annulierung aller nationalen Anleihen, die von der kaiserlichen und bürgerlichen Regierung angegeben wurden, ausgearbeitet. Nach diesem Entwurf werden alle inländischen Anleihen, die im Besitz von Ausländern sind, bedingungslos annulliert. Nur die kurzfristige Anleihe des Schatzamtes und die vom Schatzamt angegebenen Serien bleiben gültig.

Der Rat, der hier vorbereitet wird, hat schon vor Wochen seine jährlichen Schätzungen vorausgeschickt. Die warnenden Mahnungen, die Bonar Law damals im Unterhaus ergoß, sollen ohne Frucht bleiben. Die Dinge nehmen den Verlauf, der ihnen natürlich ist, und was nun greifbarer deutlich sich ankündigt, wird ohne Zweifel im westlichen Europa bemerkenswerte Judungen auslösen, die vielleicht auch für den weiteren Gang des Krieges nicht einflusslos bleiben.

Mehr Männer für das englische Heer.

London, 15. Januar. (Neuter.) Das Unterhaus hat das Gesetz betr. den Mannschafftsbestand (mempowerbill) einstimmig beschlossen.

London, 14. Januar. Im Unterhaus führte der Minister im Nationaldienst Sir Auckland Geddes zur Begründung des Mannschafftsgesetzes (mempowerbill) u. a. aus: Es ist klar, daß wir uns vorbereiten müssen, auf dem Schlachtfeld eine größere Rolle zu spielen, bis Amerika herankommt, das bedeutet mehr Männer für die Armee. Wenn wir die Marine und die Luftwaffen so vermehren, wie wir beabsichtigen, und die Armeen im Feld anfruchtbarhalten, ist es notwendig, augenblicklich daran zu gehen, im Lande 420 000 bis 450 000 Mann auszuheben, die jetzt im bürgerlichen Leben leben, auszuheben. Diese Zahlen müssen als absolute Minimum betrachtet werden und es mag sehr wohl sein, daß die Ansprüche der militärischen Lage im Jahre 1918 die Aushebung einer noch größeren Anzahl von Männern aus den Reihen der Industriearbeiter notwendig machen. Geddes kündigte an, daß nicht beabsichtigt sei, die untere Grenze des Dienstalters herabzusetzen oder die obere Grenze zu erhöhen oder den Dienstzwang in Irland einzuführen.

Auf die Beratungen mit den Gewerkschaften Bezugnehmend, sagte Geddes, er wüßte diese Gelegenheit zu erheben, um seine hohe Anerkennung für den Geist, der, wie er gefunden habe, die Führer der organisierten Arbeit befehle, mit denen er fortlaufend die Bedürfnisse der Nation durchgesprochen habe, zum Ausdruck zu bringen. Er hoffe, daß das Land auf demselben Geist des Verständnisses auch bei den Massen rechnen könne, denen von ihren Führern bei dieser oder jener Gelegenheit, soweit ausführbar, die gleiche Opferwilligkeit erwartet wurde.

Das Gesetz wird die selbständige zweimonatige Verlängerung der Wehrzeit, deren sich gegenwärtig gewisse Leute in gewissen Beschäftigungen erfreuen, beseitigen. Der zweite Paragraph ist dazu bestimmt, der Regierung durch Verfügung die Macht zu geben, alle Wehrungsbeschäftigungen, die auf Grund der Beschäftigung erteilt werden, zurückzuführen. Es seien gegenwärtig über eine Million Männer im Besitz von Wehrzeugen, die sie vor dem Militärdienst schützten, die tatsächlich ungültig gemacht werden könnten.

Ueber die industrielle Seite der Menschenfrage sagte Geddes, es seien Vereinbarungen mit den Regierungsoffizieren getroffen, die für sich über 80 000 Männer verlangen. Der vorläufige Bedarf des Munitionswesens, der Admiralität und der anderen Abteilungen, die Arbeiter verwenden, betrage 430 000 und der Bedarf an Frauen sei 119 000. Von allen diesen Anforderungen sei die wichtigste die für die Arbeit in den Schiffswerften, zum Bau von Schiffen für den Handel. Geddes erklärte, es sei eine erhöhte Gelegenheit gegeben, die Dienste aktiver und neutraler Ausländer für Arbeit von nationaler Wichtigkeit in Gebrauch zu nehmen.

Hendersons Kriegsziel-Erklärungen.

Was Neuter verschwieg.

Aus den englischen Blättern, deren Texte jetzt im Haag eintreffen, geht nach einem Bericht des „L.-A.“ hervor, daß Neuters Bureau in der Wiedergabe der Erklärungen Hendersons über die Kriegsziele der englischen Arbeiterchaft Wichtiges übergegangen hat. Was Henderson über das Selbstbestimmungsrecht der Völker sagte, war von Neuter gar nicht erwähnt. Er sagte, daß nicht nur seine Partei jede Lösung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Nationalitäten begrüßen würde, sondern auch, daß er für Ägypten und Indien eine schnelle Ausdehnung der Selbstverwaltung wünschte. Die Arbeiterpartei würde unter keinen Umständen Gebietsausdehnungen Großbritanniens zulassen. Höchstens würde den kleinen Nationalitäten, welche sich der jetzigen Herrschaft über sie entziehen wollten, aber zu schwach sind, um allein zu stehen, ein internationales, gemeinschaftliches, vorübergehendes Protektorat von den britischen Arbeitern genehmigt werden.

Snowden an Thomas über Elsass-Lothringen.

Bern, 14. Januar. Daily Chronicle bringt eine Zuschrift Philip Snowden, der als Vorsitzender der größten britischen Sozialistenvereinigung gegen den unlängst von dem gleichen Blatt veröffentlichten Aufsatz von Albert Thomas über Elsass-Lothringen Stellung nimmt. Der Schreiber führt aus, Thomas wolle nicht auf die geschichtliche Seite des Problems vor 1871 und lasse gänzlich aus dem Auge, daß die Bewohner der beiden Provinzen der Rasse und Sprache nach weit überwiegend deutsch seien und immer deutsch gewesen seien und daß 1871 selbst noch der zweiwundertausend französischen Offizieren über 80 Proz. deutsch als Muttersprache sprachen. Die britischen Sozialisten erlennten die internationale Bedeutung der elsass-lothringischen Frage an und wünschten deren endgültige befriedigende Lösung, wobei es ihnen gleich sei, ob die Provinzen bei Deutschland blieben oder wieder französisch würden. Aber der Vorschlag Thomas', die Provinzen ohne Bestrafung ihrer Bewohner an Frankreich zurückzugeben, verspreche keine dauerhafte Lösung und würde lediglich das Geschwür von einem Körper auf den anderen übertragen. Die einzige wirkliche Lösung diene die Selbstbestimmung der Bewohner, die Thomas, obwohl er sie für Zentralasien angenommen habe, für Elsass-Lothringen ablehne. Thomas behauptete, das Plebiszit würde Frankreich günstig sein, warum wehre er sich denn dagegen? Ganz unannehmbar sei der Vorschlag Thomas', daß die Provinzen erst Frankreich zurückgegeben und dann bestraft werden sollten. Antikriegler glaube Thomas, der Besitz sichere zu neun Zehnteln das Ergebnis einer solchen Bestrafung.

Snowden betont, daß Thomas keineswegs die gesamte französische Sozialistenpartei und schwerlich deren Mehrheit vertritt. Er, Snowden, könne dagegen versichern, daß die ganze britische sozialistische Bewegung und die große Mehrheit des übrigen Englands nicht wüßten sei, daß der Krieg um einen einzigen Tag verlängert werde, um Frankreich in den Krieg zu setzen. Elsass-Lothringen wiedergewinnen. Die britischen Soldaten fragten, was Elsass-Lothringen mit dem Krieg und der Befreiung Belgiens zu tun habe.

Snowden schließt: Nicht um Elsass-Lothringen wollen haben fünf Millionen unserer Landsleute frei-

willig die Waffen ergriffen, nicht darum hat das Land die Militärdienstpflicht über sich ergehen lassen.

Das Donez-Gebiet in Sowjet-Händen.

Amsterdam, 15. Januar. Der Korrespondent der „Daily Chronicle“ meldet, daß das Donez-Gebiet nun von den Truppen Kaledins und der Ukraine gesäubert und in den Händen der lokalen Sowjets sei.

Die Russen verlassen Persien.

Stockholm, 14. Januar. Die „Bersikern“ schreibt, teilt der persische Konsul in Teheran mit, daß die Entlassung der russischen Truppen aus Persien schneller vor sich gehe, als man zu hoffen wagte. Nach amtlichen Angaben der persischen Regierung haben die russischen Truppen in Urmia alles geplündert und vernichtet. Folge dieser Vorgänge ist, daß die Perser sich auf russisches Gebiet hinüberziehen. Ungefähr 12 000 Perser haben sich in der muganischen Steppe angesiedelt, wo sie die Reis- und Baumwollpflanzungen zerstörten.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 14. Januar. Eines unserer Unterseeboote hat unter schneidiger Führung des Oberleutnants zur See Loos sechsin im Narmekanal 3 Dampfer und 3 Fischerfahrzeuge mit rund

21 000 Br.-Reg.-To.

versenkt, eine Leistung, die um so anerkennenswerter ist, als die Erfolgsfolge von einem kleinen U-Boot und in einem Seegebiet erzielt wurden, in dem die feindliche Gegenwirkung besonders stark ist.

Alle Dampfer, mit Ausnahme eines, waren bewaffnet und tief beladen; es konnten namentlich festgestellt werden der englische bewaffnete Dampfer Jolanthe (3081 To.) sowie der bewaffnete englische Landdampfer Arca (4839 To.), der in geschickter durchgeführtem Angriff und einem stark gesicherten Landdampfergeleitungs herausgeschossen wurde.

Die versenkten Fischerdampfer waren englischer Nationalität und führten die Namen Granitide (S. N. 25), Baruna (S. N. 43) und S. N. 201.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der russisch-finnische Grenzkonflikt. Die „Nationaltidende“ aus Stockholm meldet, daß es gestern in Tornea zu einem Zusammenstoß zwischen russischen Soldaten und finnischen Polizeibeamten, die die sofortige Abschaffung des Wahzwanges zum Überstreichen der finnischen Grenze anordneten. Die Soldaten verletzten die Finnen von der Postwache und drohten, eine Maschinengewehrkompanie aufzustellen, falls ein neuer Versuch gemacht werden sollte, den Wahzwang aufzuheben. Die Finnen ihrerseits errieten telefonisch in Uleaborg um Verstärkungen.

Befestigungszustand in Columbia. Hobas meldet aus Bogota: Umfangreiche Streiks kamen in Cartagena, Barranquilla und Santamaria zum Ausbruch. Die Regierung verhängte über die Departements an der atlantischen Küste den Belagerungszustand. — Die genannten Städte liegen im Wäldungsgebiet des Magdalenaströms, an der Küste des Karibischen Meeres.

Kriegserfindungen. Die Zahl der angemeldeten Patente stieg im vergangenen Jahre in Dänemark auf rund 2500, eine früher nie erreichte Zahl. Die meisten Erfindungen sind durch die Feuerung hervorgerufen und beziehen sich auf Erfindungen für Nahrungsmittel und Kleidung. Auch in Schweden war das vergangene Jahr in dieser Beziehung ein Rekordjahr.

Abgeordnetenhaus.

Seit der allerbestehenden Fortschritt ist in Preußen unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems so gut wie ausgeschlossen. Man sollte es kaum für möglich halten, aber es ist Tatsache, daß sogar die gezielte Festlegung der Möglichkeit, Frauen in gewissen städtischen Deputationen ein Mitbestimmungs- und Befehlungsrecht zu gewähren, auf Widerstand stößt. Das bewies der Verlauf der Diensttagung des Abgeordnetenhauses, der ersten nach der Weihnachtspause, auf deren Tagesordnung der Kommissionsbericht über den fortschrittlichen Antrag auf Zulassung von Frauen zu Witaliedern städtischer Deputationen und die Eingaben betr. das Frauenstimmrecht standen. Die „Gründe“, die die Gegner von rechts vorbrachten, sind nicht neu, die alten Kamellen wurden zum so und so vielen Male hervorgeholt und mit Schlagworten gearbeitet, die nicht einmal auf Volksversammlungen mehr eine Wirkung ausüben. Die Redner der Mittelparteien verhielten sich lau, sie blieben wie immer auf halbem Wege stehen, während die Linke sich für das Frauenstimmrecht aussprach. Wenn es auch noch nicht zur Abstimmung kam, so läßt sich das Ergebnis doch voraussetzen, das Haus wird das Frauenstimmrecht ablehnen und sich mit der Zulassung von Frauen zu einigen städtischen Deputationen einverstanden erklären. In dieser Richtung wird sich nach Mitteilung des Vertreters des Ministers des Innern auch die Reform der Gemeindeverfassungsgeetze bewegen.

Wir wollen hoffen, daß die Debatte für die zahlreichen Frauen, die den Verhandlungen beiwohnten, ein Ansporn zu einem energischen Wahlrechtskampf sein wird.

Am Mittwoch wird, bevor die Debatte fortgesetzt wird, der Finanzminister den Etat einbringen.

102. Sitzung. Dienstag, den 15. Januar 1918, mittags 12 Uhr.

Am Ministertische: Kommissare.

Präsident Graf Siewers eröffnet die Sitzung und gedenkt des Ablebens des langjährigen früheren Präsidenten Jordan u. A. d. d. in der üblichen Weise.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Abg. Ranzow (Dp.) richtig, daß der Landrat des Kreises Labiau in einer Sitzung der dortigen landwirtschaftlichen Gesellschaft nicht selbst den Anschlag an die Vaterlandspartei beantragt habe, sondern daß er nur den Vorsitz in dieser Versammlung geführt habe.

Zur Verhandlung steht zunächst ein fortschrittlicher Antrag auf

Bestellung von Frauen zu Witaliedern städtischer Verwaltungsdeputationen.

Im Anschluß hat man sich geeinigt, die Regierung um einen dahingehenden Gegenentwurf zu ersuchen. Ein Antrag (Rauffmann B.) will die Frauen in gleicher Weise auch zu den

Esulkommissionen zusetzen. Witschriften des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation zu viel sprechen sich gegen das kommunale Frauenwahlrecht und andere Wünsche der Frauen aus. Die Fortschrittler beantragen Wiederherstellung ihres ursprünglichen Antrags.

Abg. Graf (L.): Trotz aller Bedenken sind wir mit dem Ausdrucksantrag einverstanden. Wir werden auch für den Zentrumsantrag stimmen. Dagegen wird der größere Teil meiner Freunde gegen den fortschrittlichen Antrag stimmen, weil wir wegen der Folgerungen für das politische Stimmrecht der Frauen Bedenken gegen eine öffentlich-rechtliche Vertretung der Frauen haben. Wer der Frau das Gemeindevahlrecht gibt, kann ihr das politische Stimmrecht nicht verweigern. Wer das Frauenstimmrecht will, muß auch eine volle Anteilnahme der Frau am politischen Leben wollen. (Sehr richtig! links.) Aber gerade davon wollen wir nichts wissen.

Abg. Dr. Kaufmann (Z.): Das aktive Frauenwahlrecht halten wir nicht für erzießlich. Wir lehnen es daher ab. Die Eingaben des Bundes gegen die Frauenemanzipation zeugen von Oberflächlichkeit.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Minister bereit sei, die Städteordnung im Sinne der Wünsche des Gemeindevahlrechtes, allerdings nicht durch ein Sondergesetz abzuändern.

Abg. Dr. Lewin (Op.) tritt für volle Gleichberechtigung der Frau ein. Von Herrn Graf habe man nur Schlagworte gehört. Die Frauen haben im Kriege Pflichten ausgeübt, man müsse ihnen auch Rechte geben. Die Eingabe des Bundes gegen die Frauenemanzipation habe keinerlei Bedeutung, wenn sie nicht durch den Ausschuh aus ihrer Bedeutungslosigkeit gerissen worden wäre. Wir stimmen für den Antrag Kaufmann, bitten aber auch um einen Antrag auf Wählbarkeit der Frauen in die städtischen Deputationen anzunehmen. Man sollte mit den nötigen Reformen nicht warten, bis es zu spät ist.

Abg. Girsch (Soz.):

Bei den Ausführungen des konservativen Redners fiel mir das Wort von Lloyd George ein: Nehmt so ein Monnesstückchen. Das ganze Gehirn seines Hausweibes ist die Frau, die ihn wahrheitsgemäß abspat beherstcht — er aber, der Herr der Schöpfung spricht: „Sie ist nicht reif zum Wählen.“ (Heute!) Herr Graf hat den Beweis erbracht, daß seine Partei aus dem Kriege nichts gelernt hat. In politischen Verammlungen der Vaterlandspartei sehen auch die Konservativen die Frauen sehr gern, aber im übrigen sollen die Frauen sich nicht politisch betätigen.

Wir stimmen selbstverständlich für die Wiederherstellung des ursprünglichen Antrages der Fortschrittler. Andere Bundesstaaten sind und in dieser Frage lange vorangegangen, so Baden und Bayern. Der Oberbürgermeister Dr. Dulo von Offenbach äußert: Ohne die Mitwirkung der Frauen wären wir gar nicht imstande gewesen, unsere Kriegesfürsorgeanstalten, mit der unsere Bevölkerung sehr zufrieden ist, auf die Höhe zu bringen. Die Regierung will nun eine Reform auf diesem Gebiete vertragen bis zur Reform des Gemeindeverfassungsgesetzes. Dessenfalls kommt diese Reform möglich bald. Wir fordern darüber hinaus

das aktive und passive Gemeindevahlrecht der Frauen

und das gleiche Wahlrecht für die Frauen zu den gesetzgebenden Körperschaften. Man sagt, der einzige Beruf der Frau sei die Ausübung der Familienpflicht. Mit diesem Argument kommt man in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr Frauen in das Berufsleben hineinbringen. Auch die Konservativen haben den Frauen im Verlaufe mehr als einmal ihre Anerkennung ausgesprochen. Aber mit Worten allein ist es nicht getan, man muß diese Frauen dann auch durch Taten von ihrer Rechtfertigung befreien. Dort wo das Wahlrecht der Frauen zu den gesetzgebenden Körperschaften besteht, hat man gute Erfahrungen gemacht. Sollte einmal die Regierung mit dem Frauenwahlrecht kommen, so werden die Konservativen dagegen genau dieselbe Politik treiben, wie jetzt in der Wahlrechtskommission, wo sie alles versuchen, um

die Wahlreform zu verschleppen

und womöglich zu Fall zu bringen. Wir werden selbstverständlich in der Wahlrechtskommission auch die Gewährung des Frauenwahlrechts beantragen. Nach den Vorgängen in der Wahlrechtskommission ist es ja wohl ausgeschlossen, daß das Haus geneigt sein könnte, noch weiter zu gehen, als die Regierung es beantragt. Aber das Wort dieses Hauses entspricht nicht der Stimmung der großen Masse der Bevölkerung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dies Parlament ist kein Spiegelbild der im Volk herrschenden Stimmung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb legen ja die Herren auch so großes Gewicht darauf, das jetzige ungerade Wahlrecht zu verewigen. Aber täuschen Sie sich nicht: mit Gewalt werden Sie dem Volk der Weltgeschichte nicht in die Speichen fallen können. Das Volk ist gerade durch die Art und Weise wie die Mehrheit in der Wahlrechtskommission Obstruktion treibt, erwacht und wird auf der Hut sein. Es wird nicht weiter mit sich spielen lassen. Auch die Frauen werden mit ihrer Forderung des aktiven und passiven Wahlrechts immer wiederkommen. Wer werden nicht ruhen, bis diese gerechte Forderung erreicht wird. (Lebh. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Dr. Liepmann (noll.): Im Gegensatz zum Abg. Girsch glaube ich nicht, daß die Frauen einen tatsächlichen Dank erwarten, sie haben sich nur von ihrer idealen Auffassung leiten lassen.

Abg. Dr. v. Wonna (freikons.): Es ist wichtiger, daß wir nach dem Kriege der Not der Frauen steuern, als daß wir ihnen das Stimmrecht geben.

Abg. Ströbel (Unabh. Soz.):

Die Regierung glänzt durch Abwesenheit; sie nimmt offenbar diese Debatte nicht ernst. Um so eher sollen die Frauen jetzt den Kampf für ihr Wahlrecht aufnehmen. Man sagt, der erhabene Beruf der Frauen ist die Ausübung der Familienpflichten. Dabei sind 50 Proz. der Frauen gar nicht in der Lage, diese Pflichten auszuüben. Alle diese Millionen Frauen brauchen das Wahlrecht, um auf die politischen und sozialen Verhältnisse besser einwirken zu können, und sie wollen es ihnen mit brutaler Rücksichtslosigkeit verweigern. (Sehr wahr! h. d. Unabh. Soz.) Aber man verbietet ja sogar den Kriegesbeschädigten eine Wahlrechtsversammlung, wodurch sie so erbitert wurden, daß sie sich die Kriegesorden vom Hals rissen. (Sehr gut! h. d. Unabh. Soz.) Man hält ja die Frau für die geborene Sklavin des Mannes. Aber das Bewußtsein der Gleichwertigkeit erfüllt immer mehr und mehr die Frauen. Der Sinn der Medien hier war, daß die Frauen minderwertig seien — und so etwas hier in diesem Dreiklassenhaus. Noch stets ist in der Geschichte der Uebermut kurz vor dem Fall am größten gewesen! In der Wahlrechtskommission hat ein angeleglicher Vertreter des Pandwerks, der selber Kenner ist, gesagt: Wir werden von unserem Standpunkt nicht abgehen, und wenn man und in Stücke haut. Demgegenüber müssen die Frauen nun ihrerseits

ihre Rechte mit Regeln und Säunen erklämpfen. (Beifall h. d. Unabh. Soz.) Auch an der Bevölkerungsliste sind die Frauen in erster Linie interessiert. Der Wunsch ist es, daß ein gesundes Geschlecht heranwache, und daß es nicht durch einen künftigen Krieg wieder hinweggefegt werde. Wir fordern eine Bevölkerungspolitik, die hinausgeht auf einen demokratischen Völkerverbund. (Sehr wahr! h. d. Unabh. Soz.) Würden die Frauen sich aufreissen zu einem Gebärstreik und zur allgemeinen Niederlegung der Arbeit, nicht einen Tag länger würden die Anzionisten ihre Pläne durchführen können, man würde es nicht länger wagen, ihnen das Wahlrecht zu verweigern. (Beifall h. d. Unabh. Soz.)

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch, 19 Uhr. (Einbringung des Etats, Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schlus: 5 Uhr.

Die Gefangenenbehandlung im Hauptauschuh.

Eine Regierungserklärung über Brest-Litowsk.

Mit der Liquidierung der im Elsaß befindlichen französischen Beereien und Spinnereien hat sich ein vom Hauptauschuh des Reichstages eingesetzter Untersuchungsausschuh befaßt, der am Dienstag seinen Bericht erstattete. Die Sache wird am Mittwoch weiterverhandelt.

Der Ausschuh wandte sich dann der Behandlung der Gefangenen in Frankreich zu. Abg. Erzberger stellt fest, daß im Gegensatz zu der Behandlung, die die französischen Gefangenen in Deutschland erfahren, die deutschen Gefangenen in Frankreich sehr schlecht behandelt werden. General Friedrich bekräftigt das. In der Behandlung der Gefangenen steht Frankreich weit hinten in der Riste unserer Feinde. Bis jetzt haben stets nur Repressalien geholfen. Die Verwendung in der Fremdezone war eine Barbarei. Jetzt sind als Repressalie 600 Franzosen nach den besetzten Gebieten Russlands verschickt, 400 Franzosen kommen nach Holzwinden, um die verschleppten Eisfelder auszubehalten. Die französischen Vertreter in Bern haben erklärt, daß sie sich auf Abmachungen über die Gefässer nicht einlassen wollen. Die direkten Verhandlungen mit Russen und Engländern waren sehr erfreulich, anders mit den Franzosen. Diese Verhandlungen fanden in Bern statt, mit dem Ziele, je 60 000 Gefangene, vorzugsweise Familienväter, auszutauschen. Die Franzosen lehnten es ab, mit den Deutschen direkt zu verhandeln, es konnte nur durch Vermittlung von Schwedern geschehen. Die Franzosen wollten den Austausch nach Kategorien — Familienväter gegen Familienväter —, und zwar wollten sie 8000 Deutsche gegen 15 000 Franzosen austauschen. Der Plan mußte unter diesen Umständen aufgeschoben werden. Man erreichte aber doch, daß die Internierung in der Schweiz auf eine bessere Grundlage gestellt wird. Die 45jährigen Gefangenen sind gegenseitig ausgetauscht worden, 800 Franzosen gegen 400 Deutsche. Deutschland erklärte sich bereit, 5000 französische Familienväter gegen 4000 Deutsche auszutauschen. Die Franzosen stellen dann aber Forderungen, die nicht bewilligt werden konnten. Mit England besteht ein Uebereinkommen, daß einfacher Fischvertrieb mit höchstens 14 Tagen Arrest bestraft wird. Diesem Uebereinkommen traten die Franzosen nicht bei, man einigte sich auf 4 Wochen Arrest. Dagegen konnte ein Uebereinkommen über Strafaussetzung nicht erzielt werden. Es besteht kein Zweifel, daß die französische Regierung die

Sabotage durch französische Kriegsgefangene unterstützt. Wenn Deutsche in Gefangenschaft geraten, werden sie standhaft behandelt und ihres Eigentums beraubt. Darin soll jetzt eine Besserung eintreten, indem Geld nur im Beisein eines Offiziers abgenommen werden darf. Mindestens 80 000 deutsche Gefangene befinden sich im Operationsgebiet. Ueber die Befreiung aller Unteroffiziere von körperlicher Arbeit war keine Einigung zu erzielen, nur vom Sergeanten anwärts findet kein Arbeitszwang statt. Wir haben 410 000 gefangene Franzosen, darunter 7000 Offiziere, die Franzosen haben an deutschen Gefangenen höchstens die Hälfte. Frankreich soll wissen, daß wir unsere Gefangenen nicht im Stich lassen.

Abg. Prinz Schönau-Carolath regt die Vorlage einer Denkschrift an. Abg. Frhr. v. Camp wünscht energisches Auftreten gegen Frankreich. Abg. Süßen unterstützt den Wunsch nach Vorlage einer Denkschrift. Das Repressalien angewendet werden müssen, sei bedauerlich; wenn es aber nicht zu umgehen sei, müsse man nur Leute aus den höheren Ständen in Anspruch nehmen. Abg. Cohen-Nordhausen empfiehlt gleichfalls, bei Repressalien darauf zu achten, daß mit dem Leisten Kreis die größte Wirkung erzielt wird. General Friedrich sagt die Vorlage einer Denkschrift zu. Damit waren die Erörterungen hierüber erledigt.

Bei Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung kam es zu einer sehr lebhaften und langen Geschäftsbearbeitung. Abg. Fischek beantragte, die politische Debatte am Mittwoch fortzusetzen. Diefem Antrag schloß sich Abg. Oberl an mit dem Hinweis darauf, daß man allgemein bestimmt mit Wiederaufnahme der politischen Debatten rechnen. Die

Debatten in Brest-Litowsk

seten damals, als die Auseinandersetzungen im Haushaltsauschuh abgedruckt wurde, ins Stocken geraten. Sie gehen jetzt aber wieder weiter. Die Presse der Anzionisten hat jedoch auf die Verhältnisse gar keine Rücksicht genommen und mit ihren Ausführungen unsere Unterhändler diskreditiert. Schon aus diesem Grunde sei es ein dringendes Erfordernis, die politische Debatte nicht weiter hinauszulassen. Unterstaatssekretär v. d. V. sagte das demnach im Namen des Reichstages folgende Erklärung ab:

Ich kann namens des Herrn Reichstages die Erklärung abgeben, daß in den Instruktionen, die Staatssekretär v. Kahlmann für die Verhandlungen in Brest-Litowsk erhalten hat, keinerlei Aenderung eingetreten ist. Hiermit dürfte allen im Publikum und in der Presse umlaufenden Gerüchten der Boden entzogen sein.

Graf Westarp verwarf, dem „Vorwärts“ eine Indiskretion zu unterstellen, die mit der Veröffentlichung der am Montag im Auswärtigen Amt gepflogenen Erörterungen verübt sein soll. Abg. Oberl nahm den „Vorwärts“ gegen diesen Vorwurf, den er als unberechtigt nachwie, in Schutz. Die Darstellung Oberls wurde noch von anderer Seite, insbesondere durch den Abg. Erzberger, bekräftigt.

Das Ende der langen Debatte war, daß die Fortsetzung der politischen Erörterungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten auf einen späteren Tag verschoben wurden.

Amliches Wahlresultat von Saugen-Kamenz

Saugen, 16. Januar 1918. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach dem eben bekanntgemachten amtlichen Wahlresultat haben bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Saugen-Kamenz von 22 263 Wahlberechtigten 17 035 ihre Stimmen abgegeben, 76 Stimmen waren ungültig, von den 16 959 gültigen Stimmen entfielen auf

Justizrat Dr. Herrmann (L.) . . . 6986

Kaufmann Vidor (Op.) . . . 8529

Landtagsabg. Hllia (Soz.) . . . 6451

Zerplittert waren zwei Stimmen. Das amtliche Wahlresultat zeigt gegenüber den bisher gemeldeten Riffern nur ganz geringfügige Unterschiede. Die Behauptung konservativer Blätter, daß die Zahl der auf ihren Kandidaten entfallenen Stimmen bei genauer Zählung noch erheblich steigen würde, ist nicht eingetroffen, sie ist völlig gleich geblieben. Es bleibt dabei, daß rund 10 000 Stimmen für den Verständigungsfrieden noch keine 7000 für den Gewaltfrieden gegenüberstehen.

Hertling im Herrenhaus — für Wohnungsreform.

Einen großen Reinsfall bereitete Graf Hertling den vielen, die sich am Dienstagmorgen auf den Tribünen des Herrenhauses drängten. „Sie sitzen schon mit hochgezogenen Brauen und alle Welt erwartet sich ein Fest“ — nämlich so eine Art Daniel in der Löwengrube, da doch Graf Hertling belastet mit dem Wahlrecht und außerdem hinreichend verdächtig eines „Verzichtsfriedens“ vor den geborenen und ernannten Geiegebern erschien. Als er sich aber endlich erhob, schon nachdem die Beratung des Wohnungsgesetzes

eröffnet worden war, da kamen statt einer politischen Rede ein paar gewiß treffende und warmherzige Sätze über das großstädtische Wohnungsbeden und über die Notwendigkeit, den einst heimkehrenden Kriegsteilnehmern gesunde Wohnungen vorzubereiten — aber um das zu hören, hätte man schließlich nicht den Leiter der Reichs- und Staatspolitik gebraucht. Innerhalb Klang aus der kurzen Rede das lebendige Interesse an der sozialen Frage, das schon den Studenten und später den Zentrumsprofessor Hertling befeelt hat.

In der weiteren Debatte betonte der Danziger Oberbürgermeister Scholz, daß dieses geringfügige Gesetz ganz mit Unrecht als ein Wohnungsgelei auftritt; es könne nur ein Anfang sein. Herr v. Rheinbaben wollte das Gesetz schon höher schätzen.

Weiter hörte man von Dr. Dornburg den trefflichen Gedanken, daß im Wohnungsweien die Herrschaft von Angebot und Nachfrage aufhören müsse, und vom Grafen Bosadowsky die bemerkenswerte Reuherung, daß deutsches Geld in gefunden Seelungen daheim besser angelegt werde als in tropischen Kolonien.

Obwohl Rheinbaben dem Hause den Vorwurf gemacht hatte, daß ohne seine lange Ausschuhberatung das Gesetz schon drei Vierteljahre in Kraft stehen könnte, trat man den Ausschuhbedachtlichen bei, so daß das Gesetz aus Abgeordnetenhaus zurückgehen muß.

Am heutigen Mittwoch werden keine Vorlagen beraten.

Eine Massendemonstration für den Verständigungsfrieden.

Nach der mißglückten Kundgebung der Vaterlandspartei in Jena hat nun die Jenerer Sozialdemokratie die bereits angekündigte Kundgebung veranstaltet. Waren zu der Versammlung der Vaterlandspartei etwa 8000 Personen erschienen, von denen über 2000 Gegner des ADeutschtums waren, so strömte diesmal wohl die doppelte Menschenmenge zusammen, von der die Hälfte keinen Platz mehr fand, nachdem schon lange vor Versammlungsbeginn der Riesenhaud d. Jenerer Volkshauses bis auf den letzten Platz gefüllt war. Aber diese Menge war von einheitlicher Gesinnung erfüllt, sie trat reiflos für den Verständigungsfrieden ein. Die Führer der Vaterlandspartei waren zu der Versammlung geladen worden, hatten sich aber mit Ausnahme des Dr. Wauwendrecher unter wichtigen Vorwänden gedrückt. Während auf der vorangegangenen Versammlung der Vaterlandspartei den Führern der Sozialdemokratie jedes Wort, auch eine kurze Bemerkung zur Geschäftsordnung verweigert worden war, konnte Wauwendrecher 4 Stunden lang ungehindert reden. Dabei hatte er noch nicht einmal 50 Anhänger im Saale. Obwohl Wauwendrecher sich auf den Sozialisten a. D. herausspielte und mit Laßalle und materialistischer Gesichtsauffassung um sich warf, wurden seine Ausführungen von der ganzen Versammlung mit Ausnahme eines kleinen Häufchens alldieser Anhänger abgelehnt. Vor ihm hatte Genosse Rudolf in einem ausführlichen Ref. rat unter stürmischem Beifall für den Verständigungsfrieden gesprochen. Die Vollzeitsunde bereitete der Versammlung ein vorzeitiges Ende. Mit über 3000 gegen ganze 8 Stimmen wurde eine Entschließung für den Verständigungsfrieden angenommen.

Die „Deutsche Zeitung“ bekräftigt sich selbst blunder Lügen. Am 15. Januar bezichtigt die „Deutsche Zeitung“ die Meldungen über die Verhandlung Kriegsbeschädigter als „plumpe Agitationslügen“. Genau eine Woche vorher hatte dieselbe „Deutsche Zeitung“ in ihrem Bericht der vaterlandsparteilichen Radoverammlung schamgeleid das „Trummelfeuer deutscher Hülfe“ gerühmt, das auf die Zwischentrufer niederging. Gedächtniswächel

Nationalliberale für gleiches Wahlrecht. Die nationalliberale Kreisorganisation des Wahlkreises Weimann hatte zur Verprechung der Wahlrechtsvorlage eine Versammlung einberufen, an der der erweiterte Kreisvorstand und die Vertrauensmänner des Wahlkreises teilnahmen. Diese Tagung sprach dem nationalliberalen Abgeordneten des Kreises, Kommerzienrat Lucas zu Berlin, der für die Regierungsvorlage entschieden eintrat, mit überwältigender Mehrheit ihre Zustimmung aus.

Letzte Nachrichten.

Ultimatum der Bolschewiki an die Konstituante.

Amsterdam, 15. Januar. „Algemeen Handelsblad“ erfährt aus London, daß die Bolschewikregierung die Absicht habe, der Verfassunggebenden Versammlung am 18. d. M. ein Ultimatum zu stellen, Aufruf zu einer sozialistischen Republik zu erklären und alles Land und allen Besitz zu enteignen.

Rotterdam, 15. Januar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge erfährt „Daily News“ aus Petersburg vom 13.: Die Bolschewiki haben alle ausländigen Beamten des Finanzministeriums entlassen und des Passionsrechts beraubt.

Der Volksbeauftragte Antonow meldet, daß das Donneb-Beden von Kalebins Truppen gesäubert und die Kohleerzeugung in Händen der Bolschewiki sei. Das Getreide sei zur Versendung nach dem Norden beschlagnahmt worden.

Der rumänische Gesandte in Petersburg verhaftet.

Stockholm, 13. Januar. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Petersburg wurden der rumänische Gesandte Diamondi und das Personal der Gesandtschaft gestern Abend auf Befehl der Volksbeauftragten verhaftet und in der Peter-Pauls-Festung interniert. Die Ursache sei unbekannt. Die Verhaftung habe große Erregung hervorgerufen. Das diplomatische Corps, auch das neutrale, sei von ihrem Dohen, dem amerikanischen Votschafte Francis, dringend zusammenberufen, um Einspruch zu erheben.

Wilson vertritt die Iren.

Bern, 15. Januar. „Daily Mail“ meldet aus Washington vom 10. Januar: Wilson empfing heute im Weißen Hause eine aus einer Reihe der angesehensten amerikanischen Bürger irischer Abkunft bestehende Abordnung, welche ein Bronzeabbild des großen irischen Revolutionärs Robert Emmet überreichte. V. Helan, Senator von Kalifornien, der an der Spitze der Abordnung stand, führte in einer kurzen Ansprache aus, daß die Iren das schwere ihnen von England in der Vergangenheit zugefügte Unrecht zu vergessen bereit seien, falls man ihnen gemäß dem erklärten Kriegsziel der Alliierten Freiheit oder auch nur Autonomie gewähre.

Der Präsident nahm das Standbild dankend entgegen, entließ sich aber jeder Erörterung der irischen Frage. Er machte lediglich eine freundliche und hoffnungsvolle Audeutung, daß der in Dublin tagende Irische Konvent bemüht sei, die Frage der zukünftigen Regierung Irlands zu lösen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Ursachen der Papiernot.

Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer fährt in seiner Nummer vom 12. Januar fort, das Thema Papiernot und Papierwucher zu behandeln. Er verweist zunächst darauf, daß die Druckereikontoren gegenwärtig wegen der auspeilungsten Kontrollmethode über den monatlichen Papierverbrauch mit einer ungeheuren Last bepackt seien. Die Kriegswirtschaftsstelle erhebe 20 Pf. für 100 bezogene Kilo Papier, bei Druckfarbe schwankte die Abgabe zwischen 20 bis 60 Pf. für jede Lieferung. Wenn mit ähnlichem Eifer und gelbem Aufwand die Förderung der Papierproduktion betrieben werde, müßte doch wohl in etwas ein Ergebnis zu verzeichnen sein. Die Hartnäckigkeit, mit der von Militärbehörden der immer schlechteren Bestattung des Wirtschaftslebens vielfach teilnahmslos zugehört werde, gebe dem Kriegswirtschaftsbureaukralismus keinen Mut, sich dagegen mehr zur Geltung zu bringen. Vor dem Götzen Krieg und seinem ungeheuren Bedarf sinke alles in die Knie.

Es wird alsdann dargelegt, daß die Papierfabriken, die gegenwärtig in der Hauptsache mit der Herstellung von anderen Papierforten als für den Druck beschäftigt sind, gar kein Interesse hätten, Zeitungs- und anderes Druckpapier zu produzieren. Kritierpapiere würden von der Heeresverwaltung außerordentlich benötigt. Die Spinnpapiere gingen zum Teil für Heeresbedarf, zum anderen für die Textilfabriken, und würden ebenfalls sehr hoch bezahlt, höher als Druckpapier. Und den damit beschäftigten Papierfabriken würden Kohle, Rohstoffe, Materialien und Personal gefehlt.

Die Zeitungsverlegerorganisation sei zwar seit langer Zeit bemüht, für die Zeitungs- und Druckereifabriken Personal frei zu bekommen sowie ihnen Material und Kohle zu beschaffen. Mangelnde Rücksicht im Verein mit dem unheimlichen Bureaukralismus verhinderten aber Abhilfe in dem noch möglichen Maße.

Reverberations sei dem Vorstande des Vereins Deutscher Zeitungsverleger vom Reichskohlenkommissar die beruhigende Versicherung gemacht worden, daß die Zeitungs- und Druckereifabriken fortan feste Kohlenmengen erhalten sollen. Träfe das zu, so würde wenigstens die Gefahr der wiederholten Stilllegung von Papierfabriken infolge Kohlennot nicht mehr so bedrohlich sein. Mit dieser Zusage dürfe es indessen noch nicht sein Bewenden haben, notwendig sei eine allgemeine Steigerung der Produktion nicht nur an Zeitungs-, sondern auch an Druckpapier. Trete eine solche nicht ein, so werde das Buchdruckgewerbe noch mehr ruiniert und es hätte dann um so länger am Wiederaufbau zu arbeiten. Das träfe die vielen Tausende der im Felde stehenden Berufscollegen insofern schwer, als sie nach ihrer Rückkehr das unverdiente Los großer Arbeitslosigkeit erwarten würde.

Gegen Papiernot und Papierwucher

Nach am Sonntagmittag eine starkbesuchte Versammlung der graphischen Arbeiterschaft Dresdens Stellung, die vom Graphischen Kartell Dresden, bestehend aus den örtlichen Mitgliedschaften der Verbände der Buchdrucker, Lithographen und Steinbrücker, Buchbinder und Druckereiarbeiter, nach dem Volkshaufe einberufen worden war. Nach einem Referat des Sauborstandes der Buchdrucker, und nach einer kurzen Aussprache, wurde eine Entschließung angenommen, durch die die Verammlung Protest einlegt gegen die mangelhafte Papierverföhrung des gesamten graphischen Gewerbes und gegen den Papierwucher. Eine weitere Einschränkung der Druckereiarbeitskräfte würde nicht nur eine bedenkliche Benachteiligung aller Volksschichten während der Kriegszeit bedeuten, sondern sie würde besonders auch das gesamte graphische Gewerbe schwer schädigen und die Einstellung weiterer Betriebe zur Folge haben. Auch das Ausfuhrverbot für Papierwaren vom 3. Januar d. J. lasse eine Zulassung vieler Betriebe der Papierverarbeitungsindustrie befürchten. Daher sei für die geschädigten Verufe ein vollständiger Verdienstverlust notwendig. Der Vorstand des Graphischen Kartells wird schriftlich beauftragt, in einer Eingabe an den Reichskohlenkommissar, daß dem fortdauernden und stetig steigenden Papiermangel von den dazu berufenen Stellen wirksamer als bisher entgegengetritt wird. Zur Abstellung der Behinderung des graphischen Gewerbes durch die mangelhafte Kohlen- und Holzverföhrung soll der Vorstand bei der Stadtverwaltung vorstellig werden.

Berlin und Umgegend.

Ein tüchtiger Sachverständiger.

Vor der Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten wurde vor einigen Tagen wegen der Bezahlung von Gehöshälften und Ganalappen verhandelt. Für die Gehöshälften ist ein Arbeitslohn von 25 Pf. pro Stück vorgegeben. Die Schlichtungskommission für das Sattlergewerbe hat bei den Arbeitervertretern in Spandau Verhandlungen geführt, wonach die aus Papierstoff hergestellten Artikel einen Aufschlag von 5 Proz. erfahren sollten. Nun hatten einige Firmen Gehöshälften und Papierstoff hergestellt und beriefen sich auf einen Gehöshilfspruch der Schlichtungskommission für das Sattlergewerbe, wonach sie bloß 18 Pf. zu zahlen brauchten. Da ein derartiger Gehöshilfspruch der Schlichtungskommission des Sattlergewerbes gegen den Tarif verstößen würde, so erklärte die Schlichtungskommission für das Schneidergewerbe, daß er für sie keine Bedeutung habe.

Trotzdem erfolgte eine Anfrage, ob die Angabe der Bekannten zutreffend sei; außerdem wurde Herr Eggert, der Arbeitgebervertreter dieser Schlichtungskommission ist, als Sachverständiger geladen. Er erschien im letzten Termin der Schlichtungskommission für das Schneidergewerbe und erklärte, daß die Schlichtungskommission für das Sattlergewerbe so, wie seitens der Arbeitgeber behauptet werde, beschlossen habe. Er wurde nun zunächst darauf aufmerksam gemacht, daß er nicht als Zeuge, sondern als Sachverständiger geladen sei. Seine eben gemachten Ausführungen seien eine Zeugenaussage. Er solle der Schlichtungskommission aus-einanderlegen, inwiefern die in Rede stehenden Gehöshälften für 7 Pf. weniger Arbeit verursachten, als diejenigen, von denen die Arbeitgeber meinten, daß sie mit 25 Pf. bezahlt werden müßten. Trotz wiederholter eingehender Verfragung brachte Herr Eggert nichts anderes heraus, als die Behauptung, diese Patronenhälften seien leichter herzustellen und daher wären 7 Pf. weniger zu zahlen. Von den Mitglie-dern der Schlichtungskommission wurde ihm entgegengedehalten, daß seinerzeit, als die Sattler-Schlichtungskommission den erwähnten Beschluß gefaßt habe, diese Arbeit noch gar nicht aus Papier angefertigt worden sei. Der Beschluß habe sich außerdem darauf bezogen, daß die Arbeiterin nicht die ganze Gehöshälfte fertiggestellt hätte. Herr E. blieb aber dabei, daß diese Hälfte weniger Arbeit mache. Ein nun als Zeuge vernommener Arbeitgebervertreter begründete den Abzug von 7 Pf. damit, daß der Arbeitgeber für die Herstellung der Papierhälften schwerere Nähmaschinen brauche, der Abzug von 7 Pf. bedeute also nur eine Entschädigung. Der Sachverständige wurde nun gefragt, ob er denn eine Patronenhälfte aus Papier bereits gesehen habe, was er verneinte. Ein anderer Zeuge, ebenfalls Arbeitgeber, erklärte, die zwei Gehöshälften, die er der Schlichtungskommission vorlege, hätten auch der Sattler-Schlichtungskommission vorgelegen, es sei dann der erwähnte Beschluß zustande gekommen. Die Anfertigung der Papierhälften sei wesentlich leichter als die der Stoffhälften und könne auf einer einfachen Nähmaschine angefertigt werden. Diese Ausführungen der Zeugen und Sachverständigen gaben den Mitglie-dern der Schlichtungskommission Anlaß, zu betonen, daß die Besitzer auch Sach-

leute seien und es sich verböten, ihnen gegenüber solche Ausführungen zu machen, die von Sachkenntnis nichts berrieten. Dem Sachverständigen wurde noch vorgehalten, daß er bei den Verhandlungen in Spandau zugegen gewesen sei, als ein Aufschlag von 5 Proz. für Papierstoffe verlangt wurde, jetzt müte er der Schlichtungskommission zu dem Gegenteil zu glauben. Die Schlichtungskommission entschied dahin, daß für die Gehöshälften 25 Pf. zu zahlen sind, mithin die Differenz nach-zu zahlen ist.

In den vorliegenden Fällen handelt es sich um einige tausend Mark, die von vier Firmen zu zahlen sind. Dieselben erklärten sich nach Berkundung des Beschlusses der Schlichtungskommission zur Zahlung bereit, ohne daß in den einzelnen Fällen ein Urteil notwendig wurde.

Die Wäckerarbeiter vor dem Kriegsausschuß.

Wegen der von den Wäckerarbeitern geforderten Lohnaufbesserung wurde in der letzten Sitzung des Kriegsausschusses für das Schneidergewerbe weiter verhandelt. Der Kriegsausschuß verstand am Schluß der Sitzung den Beschluß, daß die einzelnen Firmen ihre Lohnlisten vorlegen sollten, um festzustellen, ob und in welchem Umfange eine Lohnaufbesserung erfolgt sei. Nach diesen Feststellungen wird der Kriegsausschuß prüfen, ob und in welchem Umfange dem Verlangen der Arbeiter Rechnung zu tragen ist. Neuer Termin findet am 23. Januar statt.

Parteinachrichten.

Auf der Suche nach Annexionisten

In der sozialdemokratischen Partei befindet sich die „Leipziger Volkszeitung“. Diese Sammelwut erklärt sich aus dem Streben, die so nachteilige Zerspaltung der Arbeiterbewegung dadurch zu recht-fertigen, daß einzelne „annexionistische“ Mehrheitssozialisten und damit zugleich die Mehrheitspartei für die Verlängerung des Krieges haltbar gemacht werden. Dabei scheint das Blatt nicht, ungenaue Berichte alldauerlicher Blätter über angebliche Äußerungen in Ver-sammlungen den eingehenden Darstellungen der Parteipresse vor-zuziehen. Diesem Treiben tritt der Genosse Haenisch in der „Rheinischen Zeitung“ entgegen: „Unter dieser Epithete regt sich die „Leipziger Volkszeitung“ gar gewaltig über meine Kölner Rede vom 6. d. Mts. auf. Hätte das Leipziger Blatt sich die Mühe genommen, den ausführlichen Verammlungsbericht der „Rhein. Ztg.“ anzulesen, anstatt sich ausschließlich auf das ungenaue Referat eines bürgerlichen Blattes zu stützen, so wäre diese Aufregung überflüssig gewesen. Die „Leipziger Volkszeitung“ hätte dann gemerkt, daß der größte Teil meiner Rede sich gegen die Annexionisten und gegen die Vaterlandspartei gerichtet hat. Was den von ihr in erster Linie angegriffenen Passus meiner Rede angeht, so war kein Gedanken-gang der: So wünschenswert an sich auch für Deutschland die Ge-winnung von Siedlungsland im Osten immer sein möge, so sei die selbstverständliche Voraussetzung jeder Grenzänderung eine ehrliche Ver-ständigung mit Rußland. Diese Verständigung, die Schaffung eines dauernden guten Einvernehmens zwischen den beiden Reichen sei unendlich viel wertvoller als die Gewinnung von ein paar hundert Quadratmeilen neuen Landes. Deutschland müsse alles tun, was irgend möglich sei, um die Verständigung mit Rußland schnellstens herbeizuföhren. Das sei auch der sicherste Weg zum allgemeinen Frieden. Denn sei mit Ausschleiden Rußlands aus dem Kriege erst das härteste kontinentale Glied aus dem ernsten Reiten der Entente herausgedröcken, so werde auch der Gesamtfriede nur noch eine Frage kurzer Zeit sein. Vielleicht hat die „Leipziger Volkszeitung“ die Freundlichkeit, von dieser Nichtigstellung Rottz zu nehmen.“

Für Freiheit im eigenen Land.

Kaiser in Köln und Bonn hielt Genosse Landtagsabgeordneter Konrad Haenisch in der letzten Woche noch Wahlrechtsverammlungen ab in Aachen, Schaufenberg und Rothberg; dazu kamen noch zwei Verammlungen in der Wahlkreis Dortmund. Alle neun Verammlungen waren ausserordentlich besucht, teilweise überfüllt, so daß Hunderte von Besuchern wieder umkehren mußten. Wo die Teilnahme von Soldaten nicht wie in Köln und Mülheim verhindert wurde, gaben gerade die zahlreich erschienenen Feldgrauen ihrem stürmischen Verlangen nach dem gleichen Wahlrecht besonders lebhaften Ausdruck. Auch aus bürgerlichen Kreisen war der Besuch der Verammlungen ausfallend stark, vor allem in Köln und in dem schwarzen Aachen. In Rothberg hatte der katholische Geistliche von der Kanzel dertab vergeblich vor dem Besuch der Verammlung ge-warnt, sie war besonders stark gefüllt.

Industrie und Handel.

Um den deutsch-russischen Handelsvertrag.

Es ist noch ein weites Stück zum Frieden mit Rußland, aber die Geister erhitzen sich schon an dem Problem der künftigen Wirtschaftsbeziehungen — ein Problem, das dadurch nicht leichter wird, daß die Volkswirtschaft auch in der Handels-politik revolutionäre Wege gehen wollen. In Rußland selbst taucht natürlich das Märchen auf, Deutschland wolle seine Machtstellung als Sieger benützen, um Rußland zur Kolonie herabzudrücken. Daron ist kein wahres Wort.

Auf der anderen Seite greift die deutsche Schwerindustrie die handelspolitischen Unterhändler in Bräst-Ritowsk an. So schreibt die „Bergwerkszeitung“:

„Nun geht aber aus den Erklärungen des Herrn Direktor Johannes hervor, daß die unbedingte Meistbegünstigung gar nicht gemeint ist. Wie Rußland die Sonderstellung Oesterreich-Ungarns anerkennen will, so soll Deutschland sich damit abfinden, daß die Begünstigungen für die asiatischen Grenzländer, für Persien, Afghanistan, die Mongolei aufrechterhalten bleiben. Dabei sind die deutschen Wirtschaftskreise übereinstimmend der Ansicht, daß diese Bestimmungen der alten russischen Handelsverträge fallen müssen und tatsächlich die volle Meistbegünstigung anzustreben ist, wenn anders nicht Deutschland dem bevorzugten Wettbewerb Japans unterliegen soll.“

Tatsächlich aber soll es mit der Meistbegünstigung noch wesentlich schlimmer stehen, als im Hauptabsatzpunkt öffentlich zugegeben wurde. Rußland soll während des Krieges eine Reihe von Konzessionen und Vorrechten an die Länder der Entente er-zielt haben, deren Umfang den Deutschen noch gar nicht bekannt ist, die aber auch späterhin aufrechterhalten werden sollen. Daß hier eine unabsehbare Gefahr für Deutschland liegt, ist nicht zu verkennen.“

Wenn Rußland auf die Gewöhrung der ihm von seinen östlichen Nachbarn eingeräumten Vorzugszölle verzichten soll, so wird Deutschland die Bevorzugung Oesterreich-Ungarns um so schwerer rechtfertigen können, als es sich dort um alte, hier um neue Rechte handelt. Es ist die Möglichkeit nicht abzulehnen, daß es sich der Schwerindustrie weniger um die für sie wirklich nicht sehr bedeutungsvollen Vorzugs-rechte Rußlands in Mittel- und Ostasien als um jede Ein-schränkung der unbedingten Meistbegünstigung handelt, woraus logisch die Ablehnung eines mitteleuropäischen Bevorzugungssystems folgt. Indessen ist abzuwarten, ob sich die Schwerindustrie offiziell und mit Nachdruck hinter die Angriffe der „Bergwerkszeitung“ auf die deutschen Unterhändler stellt.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Generalversammlung der Charlottenburger Wasserwerke Akt.-Ges. in Berlin-Schöneberg genehmigte die Jahresrechnung für

1916/17 und setzte die Dividende auf 6 Proz. fest. Der Streit mit der Stadt Schöneberg gab Anlaß zu einigen Anfragen, wovon die erste den Stand des Prozesses in Angelegenheit der Besteuerung der Charlottenburger Wasserwerke betraf; weiter wurde gefragt, ob es nicht möglich ist, der Stadt Schöneberg gegenüber den Wasserpreis zu erhöhen, und zwar mit Gültigkeit vom Beginn des Streitjahres, da die Stadt Schöneberg eigenmächtig den Vertrag dadurch gebrochen hat, daß sie seine Grundlagen vollständig ver-schoben hat. Schließlich erkundigte sich ein Aktionär, ob die Stadt Schöneberg nicht an die Gesellschaft herantreten sei, zwecks Auf-schluß eines Vergleichs. Die Verwaltung antwortete: In dem Prozeß mit der Stadt Schöneberg steht vor dem Oberverwaltungs-gericht ein Termin zum 12. Februar bevor. Angesichts dieser Sach-lage müßte sich die Verwaltung versagen, näher auf die ganze An-gelegenheit einzugehen. Für die Vereinbarung eines neuen Tarifs sei eine Grundlage durch den Vertrag gegeben, den die Gesellschaft unlängst mit der Gemeinde Rankow abgeschlossen hat. Danach wird der Preis für das Kubikmeter Wasser um 5 Pf. erhöht, wovon 3 Pf. an die Gemeinde zurückfallen und 2 Pf. der Gesellschaft ver-bleiben. Endlich teilte die Verwaltung mit, daß ein von der Stadt Schöneberg Beauftragter sich bei der Gesellschaft nicht gemeldet habe wegen Abschluß eines Vergleichs. Es seien nur Mittels-perjonen an die Verwaltung herantreten, mit denen zu verhandeln sie abgelehnt habe. Selbstverständlich werde die Verwaltung, wenn die Stadt Schöneberg offiziell an sie herantritt wegen eines Vergleichs, auch mit ihr deswegen verhandeln.

Die Deutsche Erdöl A. G. beabsichtigt den Erwerb der Inter-nationalen Rumänischen Petroleum A. G. in Amster-dam, die vor längerer Zeit von der der Deag nahestehenden Dis-kontogesellschaft mismaniert wurde. Da das holländische Unter-nehmen sachungsgemäß vor dem Einbringen nicht holländischer Interessenten geschützt ist, so muß eine qualifizierte Mehrheit von Aktien erworben werden. Der Preis — 65 Mill. holl. Gulden oder 14 Mill. — ist recht hoch, und die Deag muß die Aussichten der rumänischen Petroleumindustrie recht günstig beurteilen, wenn sie das Unternehmen zu diesem Preis onkauft und auch den hohen Stand der holländischen Valuta nicht scheut hyn. Das Risiko über-nimmt, zwecks Aufkaufs ein holländisches Darlehen mit dem Valuta-risiko bis zu Kriegsende aufzunehmen.

Der Wettbewerb des neutralen Auslandes nach dem Kriege.

Durch den Krieg sah sich das neutrale Ausland, ganz beson-ders die Schweiz, ihrer bisherigen Bezugsquellen beraubt. Bei der langen Dauer des Krieges darf die Entschaffung eigener In-dustrien nicht wundernehmen. Die deutschen Industriellen neigen im allgemeinen nicht zu einer pessimistischen Ueberwertung dieses neuen Wettbewerbs. Trotzdem dürfte der folgende Bericht der „Rheinischen Volkszeitung“ über die Entwicklung der schweizeri-schen Textilindustrie nicht ohne Interesse sein:

Die Umwälzung im schweizerischen Webstoffgewerbe, hervor-gerufen durch den Krieg, ist ganz bedeutend. So hat die Putz-stoffindustrie der Schweiz, welche vor dem Kriege sehr unbedeutend war, kaum geahnten Aufschwung genommen. Auch die Herstellung von halbseidenen Schirmstoffen, welche sonst kaum in Betracht kamen, hat sich so ausgedehnt, daß die Ein-fuhr ausländischer Erzeugnisse nach dem Kriege außerordentlich schwierig sein wird. Mehrere Fabriken dieses Zweiges, welche vor-dem in Deutschland arbeiteten, stellen Schirmstoffe jetzt in der Schweiz her. Das Gleiche gilt von der Anfertigung von handge-druckten seidenen Möbelstoffen. Weiterhin sind mehrere neue Färbefabriken entstanden, so daß der schweizerische Bedarf im In-land gedeckt wird, außerdem erhebliche Ausfuhr dieses Artikels zu erwarten ist. Ihren Bedarf an glattem Baumwollstoff, der ehemals von England bezogen wurde, stellt die Schweiz jetzt selber her. Von außerordentlicher Bedeutung ist es, daß die früher aus dem Rhein-land (Barmen) bezogenen Lizen und geflöppelten Spinnen jetzt ebenfalls in der Schweiz verfertigt werden. Mehrere Fabriken beschäftigen sich ausgiebig mit der Anfertigung von künstlichen Blumen, die vor dem Kriege Sachsen in großen Mengen nach der Schweiz ausfuhrte. Desgleichen werden jetzt in dem Lande selbst Stoffknöpfe, welche vor dem Kriege fast ausschließlich aus Deutschland eingeföhrt worden sind, erzeugt. Das Bestreben der Schweizer Verbraucher, sich von dem Auslande unabhängig zu machen, wird durch die Gründung mehrerer sehr bedeutender Nähfabriken in Rorschach und Basel gekenn-zeichnet. In der französischen Schweiz sind, ebenso wie in der deutschen, einzelne sehr bedeutende Bindfadenfabriken ent-standen. Auch die Anfertigung von Ersatzstoffen hat unge-heuren Umfang angenommen. Für Jute, Flachs und Lein-wollen sind mehrere große Fabriken teils im Entstehen begriffen, teils im Betrieb. Das Fehlen von genügenden Mengen von Wolle hat einzelne Fabriken, welche sich sonst mit der Verarbeitung von Seidenstoffen befaßten, veranlaßt, Wollschafstoffe zu verarbeiten, deren Verwendungsmöglichkeit sehr günstig beurteilt wird. Die früher aus Oesterreich und aus China bezogenen Paarmehle werden jetzt ausschließlich in der Schweiz hergestelt. Das vor dem Kriege sehr unbedeutende schweizerische Teppich- und Läufer-stoffgewerbe hat ungeheuren Umfang angenommen.“

Berichtszeitung.

Straffreie Uebertretungen.

Die interessante Frage, ob und inwiefern eine Uebertretung der Kriegswirtschaftlichen Vorschriften damit gerechtfertigt werden kann, daß die Uebertretung aus höheren allgemeinen Interessen geboten gewesen sei, beschäftigte das Schöffengericht Neuföh. Der Fabrikbesitzer Winkelmann hatte sich zu verantworten, weil er in seiner Fabrik die wichtige Kriegslieferungsausrüstung zu erledigen hat, für seine Arbeiter große Mengen Fleisch eingekauft und ohne Fleischkarte an sie abgegeben hat. Ein Ein-läufer von ihm, sowie der Einkäufer einer anderen Firma, der von den Warenüberrechten dieser Firma an Winkelmann abgegeben hatte, mußten sich wegen derselben Beschuldigung ver-antworten. Sie rechtfertigten sich damit, daß sie lediglich von dem Beireiben geleitet worden seien, den Ausrüstungsarbeitern eine bessere Verpflegung zu verschaffen, um sie arbeitsfähig und arbeits-willig zu erhalten. Nur durch diese Maßnahmen sei eine Arbeits-einstellung verhütet worden. Der Amtsanwalt ließ diese Ver-teidigung nicht gelten, sondern beantragte gegen die beiden An-geschuligten je 25 Mark Geldstrafe, gegen den Fabrikherrn als den Hauptangeklagten 1000 Mark Geldstrafe. R.-A. Dr. Als-berg beantragte dagegen die Freisprechung. Bei einem Konflikt, wie er für die Angeklagten begründet gewesen sei, müsse unter An-wendung allgemein gültiger Rechtsgedanken die Erfüllung der weniger wichtigen Pflicht hinter der höheren zurückstehen. In diesem Falle sei die höhere Pflicht die Aufrechterhaltung der der Bereit-stellung wichtigen Kriegsbedarfs dienenden Fabrikation gewesen. Um diese höhere und unmittelbare Pflicht zu erfüllen, seien die An-geschuligten nach Lage des Falles berechtigt gewesen, sich über Ver-stimmungen, die nur mittelbar den Frieden der Reichswohlfahrt dienen, hinwegzusetzen. Das Schöffengericht trat dieser Auffassung bei und erkannte auf kostenlose Freisprechung.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zumeist mild, vorwiegend kühl mit mehreren Niederschlägen, wärmer im Westen, zeitweise ausfallend und wieder etwas kälter.

Verantwortlich für Inhalt: Carl Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Grotz, Neuföh; für Inserate: Th. Grotz, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. **Blatt 1. Beilage.**

Friedensschluss und Sozialpolitik.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der sie den Kanzler ersucht, dahin zu wirken,

dass in die Friedensverträge Vorschriften über den Arbeiterschutz und Sozialversicherung aufgenommen werden, welche die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, binnen einer gemessenen Frist gleichartige oder doch gleichwertige Einrichtungen auf den beiden genannten Gebieten zu treffen.

Solche auf Gesetz oder Verordnung beruhenden Maßnahmen sollen sich insbesondere erstrecken:

1. Auf Bestimmungen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit aller Arbeiter und Angestellten, vornehmlich auf die Regelung der Arbeitszeiten (Sonntagsruhe, Rindfleischzeit, Verbot der Nachtarbeit) und der Arbeitszeiten (Höchstleistungszeit für Kinder, Jugendliche, Frauen und für Männer in besonders beschwerlichen oder gefährlichen Betrieben); auf die Festlegung einer Altersgrenze für die gewerbliche Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen und Frauen von besonders gefährlichen, beschwerlichen und ungesunden Berufen; auf entsprechende Maßnahmen zum Schutze der Angestellten in Handel und Gewerbe; auf die staatliche Überwachung solcher Schutzvorschriften durch geeignete Beamte;

2. auf Bestimmungen über Umfang und Art der Versicherung gegen Krankheit, Betriebsunfall, Alter, Invalidität, für Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter in Stadt und Land sowie der Angestellten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt in ihrer Nummer 12 von diesem Jahre zu dieser Eingabe der Gesellschaft für Soziale Reform Stellung. Sie behauptet, dass die Gesellschaft für Soziale Reform sich eine Forderung zu eigen gemacht habe, die von den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen erhoben worden sei. Sie habe sich wohl keine Gedanken darüber gemacht, welche Folgen für die Souveränität der Staaten eine solche Maßnahme haben, in welcher Weise sie die Einmischung des Auslandes in innerpolitische Verhältnisse geradezu herausfordern würde. Sie bringt dann im Anschluss daran eine — wie sie sagt — halbamtliche Auslassung in folgender Weise:

Es darf sehr fraglich erscheinen, ob die Reichsregierung in der Lage sei, derartig weitgehende sozialpolitische Bindungen in den Friedensverträgen durchzusetzen. Das eine möglichst gleichmäßige internationale gesetzliche Fürsorge für alle Klassen von Arbeitnehmern nur erwünscht wäre, ist ohne weiteres zuzugeben, und zwar sowohl aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Rücksichten. Denn den Industrien der einzelnen Länder kann es nur erwünscht sein, wenn sie unter gleichen Einschränkungen und Belastungen aus der sozialen Fürsorge arbeiten. Aber die bisherigen Vorfahrungen zur Verwirklichung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf Grund internationaler Vereinbarungen haben gelehrt, wie schwer es ist, auf diesem Gebiet wirkliche Erfolge zu erzielen. In der sozialen Fürsorge kommt es nicht nur auf den Erlaß von Gesetzen an, sondern vor allem auf die Form ihrer Anwendung. England hat beispielsweise auf manchen Gebieten weitgehende Arbeiterschutzvorschriften als Deutschland, aber ihre Anwendung ist durch so zahlreiche zugelassene Ausnahmen eingeschränkt, daß ihre Wirkung weit hinter der der deutschen Regelung zurückbleibt. Mit der Uebernahme solcher Verpflichtungen zur Einführung sozialpolitischer Reformen ist es daher allein noch nicht gemacht. Im übrigen dürften auch die in der sozialen Fürsorge noch stark rückständigen Staaten kaum geneigt sein, in bezug auf dieses Gebiet Bindungen einzugehen, deren Tragweite in wirtschaftlicher Beziehung schwer zu übersehen ist. Wenn es nur geht, nach Beendigung des Krieges die Arbeiten der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz möglichst bald wieder aufzunehmen, dann wird sich das durch die Eingabe erstrebte Ziel auch ohne vertragliche Verpflichtung im Friedensschluss erreichen lassen.

Wir müssen gestehen, daß uns selten eine blässere Auslassung, als sie in den eigenen Worten der „Deutschen Tageszeitung“ zu finden ist, zu Gesicht gekommen ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ — und dieses gilt auch für den Verfasser der halbamtlichen Auslassung — scheint bezüglich der tatsächlichen und der staatsrechtlichen Verhältnisse doch manche Wissenslücke aufzuweisen. Nichts weiß sie davon, daß in dem Kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß sich eine Besserung der Lage der Arbeiter nur durch internationale Verständigung der an der Verrückung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn auch nicht überwinden, so doch abzumildern lasse. Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß nichts davon, daß auch die amtlichen Vertreter Deutschlands beauftragt wurden, bei den gerade jetzt mit und im Kriege befindlichen Staaten anzufragen, ob die Regierungen geneigt wären, mit Deutschland in Unterhandlungen zu treten, zwecks internationaler Verständigung über die Möglichkeit, den Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen.

Es hat dann die internationale Arbeiterschutzkonferenz vom 15. bis 29. März 1890 in Berlin stattgefunden, und wenn diese auch ein greifbares Resultat für die Arbeiter nicht zur Folge gehabt hat, so ist doch auf weiteren internationalen Zugängen der Regierungen (1903 und 1905) eine Vereinbarung über das Verbot der Verwendung von weissem (gelbem) Schwefel für gewerbliche Zwecke und eine Vereinbarung über die Beschränkung der Nachtarbeit für Frauen zustande gekommen, die wohl in allen Ländern in durchaus lokaler Weise zur Durchführung gebracht worden ist.

Daß dieses in dieser Zeit nicht möglich sein sollte, die wie noch keine Zeit so sehr die Notwendigkeit beweist, durch planmäßige Fortbildung des Arbeiterschutzes die sinnlose Ausnutzung der Arbeitskraft zu verhindern, ist wahrscheinlich das Geheimnis der „Deutschen Tageszeitung“.

Und daß die Forderung der Gesellschaft für Soziale Reform als sozialdemokratische Forderung verstanden wird, nimmt ja weiter kein Wunder. Das ist man bei der „Deutschen Tageszeitung“, die heute noch in dem Sozialdemokraten einen Menschen minderen Rechts erblickt, gewöhnt. Was die „Deutsche Tageszeitung“ meint, ist die Tatsache, daß der Internationale Gewerkschaftsbund und vor ihm eine Konferenz der französischen und englischen Gewerkschaften in Leeds gleichfalls für den Friedensschluss Arbeiterschutzforderungen weitgehendster Art gefordert haben. Wenn die Gesellschaft für Soziale Reform zu dem gleichen Ergebnis kommt, wenn sie die Notwendigkeit solcher Forderungen anerkennt, so ist das der beste Beweis dafür, wie berechtigt die Forderungen der Gewerkschaften über internationale Verständigung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind. Es handelt sich hier um Forderungen, die geradezu in der Luft liegen, die gebieterisch gefordert werden von den Vätern der Zeit, die im Interesse der ökonomischen Erholung aller vom Kriege so schwer betroffenen Länder liegen. Daß eine halbamtliche Stelle sich gegen diese Forderungen wendet, muß in hohem Maße befremden.

Ob es möglich ist, derartige politische Forderungen in den Friedensvertrag durchzusetzen, läßt sich natürlich zurzeit noch nicht beurteilen. Aber wenn Schwierigkeiten obwalten, dann sind sie eben lediglich dazu da, überwunden zu werden, zumal ja die gleichmäßige internationale gesetzliche Fürsorge für alle Klassen von Arbeitnehmern selbst nach der Meinung der halbamtlichen Stelle nur erwünscht wäre. Die Arbeiter aller Länder werden sich schon hinter diese Forderungen stellen, handelt es sich doch um ihre Arbeitstätigkeit, ihr Leben, ihre Gesundheit, deren Schutz hier erstrebt wird. Sie werden den im internationalen Boden wurzelnden Baum des Arbeiterschutzes schon jeder auf seiner Seite legen und pflegen und dafür sorgen, daß er für die in jedes Land hineinbringenden Wurzeln auch die erforderliche Nahrung zum weiteren Wachstum erhält.

Gewiß muß auch erstrebt werden, die Arbeiten der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz bald wieder aufzunehmen. Aber damit darf es kein Verwenden haben. Wie wir schon in unserem Artikel in Nr. 149 des vergangenen Jahres über die Sozialpolitik im Friedensvertrag geschrieben, wird die Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz in Basel das ausführende Organ des internationalen Arbeiterschutzes werden müssen. Schon 1899 hatte die Schweiz ein solches offizielles Internationales Arbeiterschutzesamt der Staaten in Ancona gebracht. Jetzt ist die Zeit reif, es zu schaffen, und es muß herauswachen eben aus dem internationalen Arbeitssamt in Basel.

Die Forderungen der Gesellschaft für Soziale Reform liegen durchaus im Interesse der arbeitenden Schichten der großen Masse der Bevölkerung.

Wir wollen das hier ausdrücklich konstatieren und begrüßen diese Forderungen aus vollem Herzen.

Groß-Berlin Ein Tropfen Musik...

Der von irdischen Dingen wenig beschränkte Regen und die das Laubwasser mit der Regelmäßigkeit einer Saugpumpe ein- und ausströmenden Kriegshiesel können einen Seelenzustand herbeiführen, der ungeeignet erscheint, sonnig-mollige Lebensbetrachtungen im Otto-Ernst-Stile vom Stapel zu lassen. Dieser Stimmung, die der Volksmund als miesepetrig bezeichnet, könnte ein geschickter Arzt durch Verordnung eines

Gewinn und patriotische Tat!

Die günstigste Gelegenheit zum Verkauf von Juwelen zum hohen Auslandspreise bietet die Ablieferung an die Goldankaufsstellen. Gleichzeitig eine patriotische Tat!

fertigen Frühstücks oder eines plötzlichen Friedensschlusses sehr wirkungsvoll entgegenarbeiten, aber leider ist der für diese Apotheke zuständige Doktor noch nicht „zurück“! — In dieser Stimmung verläuft die in einem „Musiksalon“! Ein Hauch schmeichelnder Wärme hat dich von der Straße hereingelockt. Drinnen sitzen welche auf weichen Sesseln, halten zwei Hörer an die Ohren und machen Gesicht wie die Bauern vor der Kanzel.

Du überlegst. Musik — gut. Schallplatten — hm. Aber im Zeitalter des Erhabenen soll der Mensch nicht wählerisch sein. Also zwanzig Pfennige geopfert und ein Luststück ausgeführt. „Traviata — Trinklied mit Chor.“ Schön.

Die eingeworfene Münze scheint sich zuerst zu einem Stöhnen und Hüpfeln aufzulösen — dann geht es los. Krachend und quarrend, aber ein ahnender Unterton der ewig-jungen Verdummung schwingt mit. Hält man die Hörer ein wenig ab, so gewinnt der Ton. Er löst doch Empfindungen. Damals, als du das Lied das letzte Mal in der Oper hörtest, war dein Freund bei dir, der heute in Glandern schläft, oder eine kleine Freundin, die längst einen anderen genommen. . . . Wenige Minuten später gehst du wieder durch die Straßen, durch das Leben, wie du es nehmen mußt. Aber in dir glimmt doch ein Lämpchen, halb heiter, halb traurig, und du wunderst dich, wie bescheiden du geworden bist. A. Z.

Schneeschipper-Ertrag.

Zum Erlaß des Oberkommandos teilt der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin mit, daß er in der Lage ist, den Mietern, die von dem Recht Gebrauch machen wollen, Ertragskräfte zum Schneeschippen zu stellen, solche Kräfte zu vermitteln. Frauen werden zum Stundenlohn von 1 M., Männer für 1,75 M. Stundenlohn vermittelt, außerdem muß das Jahrgeld vergütet werden.

Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin hat sich unseres Erachtens an eine falsche Adresse gewandt. Nicht die Mieter haben die Ertragskräfte zu stellen, sondern die Hausbesitzer. Nur wenn diese nachweislich keine Arbeitskräfte aufzutreiben imstande sind, sollen sie nach dem Erlaß des Oberkommandos die Mieter zur Hilfeleistung heranziehen dürfen. Im übrigen mögen sich beide Teile bei der kommunalen Obrigkeit dafür bedanken, daß diese die ihr obliegende Pflicht der Straßencleaning glücklich mit Hilfe des Oberkommandos auf die Mieter und Vermieter abgewälzt hat.

Ausgabe der Vollmilchkarten in Groß-Berlin.

Die Vollmilchkarten für Februar kommen in den zur Zeitstelle Groß-Berlin (Milch) gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Die Inhaber von Vollmilchkarten haben die Februar-karten bis zum 24. Januar einschließlich dem Kleinhändler vorzulegen. Es werden ausgegeben: auf die mit einem roten Kreis gekennzeichneten Milchkarten für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre 1 Liter Vollmilch, auf die blauen für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre 1/2 Liter Vollmilch, auf die braunen für die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre 1/4 Liter Vollmilch. Auf die Krankenkarten und die Karten für schwangere Frauen wird die volle aufgedruckte Menge Vollmilch vorausgibt. Da die Milchportion auf die normale Menge erhöht ist, gelangen Sonder-karten für stillende Mütter nicht mehr zur Ausgabe.

Den Kindern bis zum zweiten Lebensjahre ist ein Vorzugsrecht bei der Anmeldung derart eingeräumt, daß bis zum 21. Januar dieses Jahres einschließlich nur Anmeldungen auf diese Karten zulässig sind. Erst nach Ablauf dieser Anmeldezeit haben sich die übrigen Milchberechtigten in der Zeit vom 22. bis zum 24. Januar anzumelden. Die Milchhändler haben die Abschnitte bis zum 27. Januar bei der Zeitstelle Groß-Berlin (Milch), Poststr. 6, Abteilung Kleinhändler, einzulenden.

In Berlin sind die Vollmilchkarten für Februar 1918 bis zum Sonnabend, den 12. Januar einschließlich von den Brotkommissionen abzugeben. Die Karten für Kranke werden wie bisher von der Zentralstelle für Krankenernährung zugesandt.

Berliner Lebensmittel.

Die Stadt Berlin gewährt den Kindern, die in der Zeit vom 1. Januar 1907 bis 31. Dezember 1912 geboren sind, einmalig je etwa 250 Gramm Reis, und zwar auf Grund von Bezugsscheinen, die von den Brotkommissionen vom 24. bis 26. Januar ausgegeben werden. Die Anmeldung sämtlicher Bezugsscheine hat von den Empfangsberechtigten in den durch rote Verkaufsschilder gekennzeichneten Geschäften bis zum 2. Februar zu geschehen. Die Geschäfte sind bei den

Brotkommissionen bekannt, werden auch an den Anschlagtafeln veröffentlicht werden. Die Ausgabe des Reis erfolgt vom 11. Februar ab.

Infolge der Verkehrsstörungen haben seit einiger Zeit die Eierzufuhren völlig aufgehört. Der Magistrat war dadurch außerstande, die Händler mit Ware zu versehen, so daß noch nicht sämtliche Kunden auf Abschnitt 33 der Eierarten haben befriedigt werden können. Dies wird aber auf jeden Fall geschehen, sobald die Zufuhren wieder begonnen haben.

Handel mit Sauerkraut.

Die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut erläßt eine Bekanntmachung, wonach die Hersteller Sauerkraut (Roh- und Rübensauerkraut) nur gegen einen von der Reichsstelle für Gemüse und Obst ausgefertigten Bezugsschein abgeben dürfen. Die Bezugsscheine werden den von den Landeszentralbehörden der Reichsstelle für Gemüse und Obst benannten Stellen zur weiteren Verteilung überwiehen.

Bei Abgab von Sauerkraut 1. Qualität gelten die folgenden Höchstpreise: 1. Beim Abgab durch den Hersteller frei Verladung des Herstellers für 50 Kilogramm netto 16 M. 2. beim Abgab durch die behördlichen Verteilungsstellen an den Kleinhandel oder an Großverbraucher frei Haus oder Lager des Empfängers für 50 Kilogramm 19,50 M. beim Abgab durch den Kleinhandel an die Verbraucher einschließlich handelsüblicher Verpackung für 1 Pfund 25 Pf.

Für Lieferungen an Meer und Marine gelten die von der Kriegsgesellschaft den Herstellern mitgeteilten Sonderbestimmungen.

Reingefallene Bodenspekulanten.

Der Polizeipräsident von Berlin hat, wie schon mitgeteilt, für das etwa 2000 Morgen umfassende Gelände östlich der Spandauer Gasse und Charlottenburg (gewöhnlich als „Nord-Westend“ bezeichnet) eine neue beschränkte Bauordnung festgelegt. Die dortigen Grundeigentümer — sehr wohlhabende Leute — haben das Gelände schon seit 1887 brach liegen lassen, und zwar in Erwartung noch höherer Preise, als sie bisher geboten wurden. Man lebte grundrührig alle Kaufangebote ab. Das Gelände diente dann und wann einmal als Pferdemarkt, Sportplatz oder dergleichen. Nun hat das Polizeipräsident endlich eingegriffen, und es erhebt sich jetzt natürlich ein großes Lamento über den Verlust an Jähnen und dergleichen mehr. Gätten die Herren Grundstückspekulanten die früheren Kaufofferten angenommen, so bräuchten sie heute nicht zu klagen. Der Spekulant, muß auch auf Verluste geacht sein, und was die Grundstückswerte verlieren, pflegt in der Regel der Allgemeinheit zugute zu kommen.

Hausdurchsuchung beim Reutlinger Magistrat. Der „Sozial-Anzeiger“ macht folgende Mitteilung: In dem gegen den Reutlinger Magistrat eingeleiteten Ermittlungsverfahren erwichen Dienstag mittag im Auftrage der Staatsanwaltschaft der Leiter der Reutlinger Kriminalpolizei, der Kriminalinspektor Berlin, nebst dem Kriminalkommissar Dr. Kahl, um beim Magistrat eine Hausdurchsuchung abzuhalten. Es handelt sich um die vom Staatsanwalt verlangte Herausgabe der magistratischen Lieferungsblätter und Handelsabnahmeprotokolle, von denen bisher der Magistrat nur eine Abschrift ohne Unterschrift vorlegte, während er im übrigen gegen die Herausgabe der Magistratsakten Protest einlegte. Diesem Protest hat die vorgelegte Verböde nicht stattgegeben, so daß die Durchsuchung erfolgte. Oberbürgermeister Kaiser war nicht anwesend. Er befindet sich zurzeit auf einer Reise an die Westfront. Die Durchsuchung zog sich mehrere Stunden hin.

Ein neues System der Ernährung. Am 22. Januar, abends 8 Uhr, wird der Direktor der Wiener Universitäts-Arbeitsklinik, Prof. Dr. v. Pirquet, im Charlottenburger Rathaus, so als einen Vortrag über „Ein neues System der Ernährung“ halten. Er wird seine verehrtesten Methoden zur Herstellung des Nahrungsbedarfes, des Nährwertes der verschiedenen Nahrungsmittel und die Gesichtspunkte für die zweckmäßigste Auswahl nach der Preisfrage darstellen. Diese Fragen sind gerade in der Gegenwart für die mit der Leitung von Volksernährungs-Vollständen usw. beauftragten Frauen von größter Wichtigkeit, ebenso für die Mitglieder von Hausfrauenvereinen und überhaupt für alle im Aufklärungsdiens über wirtschaftliche Fragen mitwirkende Personen. Eintrittskarten sind im Zentralbureau des Charlottenburger Hausfrauenvereins Charlottenburg, Goethestraße 22, und in dessen sämtlichen Ausgabestellen bei sofortiger Meldung zu erhalten.

Der neue Schaufensterdekorateur. Einen ungewöhnlich dreifachen Diebstahl verübte ein noch unbekannter Mann in einem hiesigen Warenhaus. Die großen Vertriebe sind jetzt oft gezwungen, mit einem erheblichen Teil ihres Personals zu wechseln. So kommt es, daß zeitweilig ein Angestellter den anderen nicht kennt. Diese Lage nützte ein dreister Dieb aus. Ein Mann von etwa 30 Jahren ging durch die Räume des Warenhauses und wandte sich endlich an einen Angestellten mit der Stellung, es solle im Schaufenster etwas geändert werden. Er sei der neue Dekorateur und wünsche, daß ein schwarzer Gehpelz aus dem Fenster herausgenommen und durch einen anderen vom Lager erlegt werde. Man ließ den vermeintlichen neuen Dekorateur ruhig gewähren, zumal der Mann ohne Kopfschütteln herumging. Der Dieb nahm selbst den Pelz aus dem Schaufenster heraus und tat so, als bringe er ihn noch dem Lager, um von dort einen anderen zu holen. In Wirklichkeit verschwand er mit seiner Beute, die 1800 M. wert ist.

Die Verteilung der Lebensmittelkarten an Urlauber.

Charlottenburg. Die Arbeits- und Entlassungsurlaubter müssen sich ihre Lebensmittelkarten zu jeder Verteilung von den Brotkommissionen abholen. Damit die Abholung nicht von unberechtigten Personen vorgenommen wird, haben die Arbeitsurlauber ihren Urlaubsschein, eine Arbeitsbescheinigung der sie beschäftigenden Firma und die Hausliste des Hauswirts bei der Abholung der Karten vorzulegen. Die gleichen Unterlagen haben die Entlassungsurlaubter beizubringen. Die Betriebe sind deshalb gebeten worden, die entsprechende Arbeitsbescheinigung für die bei ihnen tätigen Arbeits- und Entlassungsurlaubter auszustellen. Auf den erstmalig ausgegebenen Schein kann alle vier Wochen der Vermerk über die weitere Beschäftigung aufgenommen werden.

Lichtenberg. Neue Maßnahmen der Kriegsküche. Und wird geschrieben: Nachdem für die Kriegsküche der Stadt neue Einrichtungen getroffen und gediegene Kräfte angestellt worden sind, sollen, sofern sich eine ausreichende Anzahl Interessenten melden, für den Norden von Lichtenberg, insbesondere für die Möllendorffstraße und deren Querstraßen die Speisen mittags durch besondere Transportwagen ausgefahren werden; die Karren werden an der Normannenstraße, Schaffelstraße und Herzbergstraße anhalten und allen Interessenten Gelegenheit bieten, gut zubereitete, nahrhafte und schmackhafte Speisen für 50 Pf. die Portion zu beziehen. Diese Veranstaltung wird aber nur verwirklicht werden, wenn sich eine ausreichende Anzahl Abnehmer beim Magistrat (Rathaus Zimmer 26) oder beim Stadtverordneten Weidner (Möllendorffstr. 30) vorher anmelden.

Upenic. Lebensmittel. Stadtfestlich verteilte Lebensmittel gelangen von Donnerstag ab in den Lebensmittelhandlungen der Stadt zum Verkauf.

Steglich. Sonntagruhe in den Kriegsküchen. Der Aufsicht für Volksernährung macht bekannt, daß bis auf weiteres Sonntags

Schneewinter.

Von Moriz Zoch.

Wenn nicht alles täuscht, wird sich, ebenso wie der vergangene, auch der gegenwärtige Winter als ein strenger in der Witterungsgeschichte aufzeichnen. Seit seinem Beginn, den der Meteorologe nicht von der Winteranfangsperiode, sondern bereits vom Dezemberanfang an rechnet, herrscht im größten Teile Mitteleuropas Frost, der nur einmal eine ganze Woche hindurch von Tauwetter abgelöst gewesen ist. In Süddeutschland war dabei der Frost strenger und noch ausdauernder als im Norden des Landes, wo zwischenzeitlich das Thermometer mehrfach, wenn auch immer nur für ganz kurze Zeit, über den Gefrierpunkt gestiegen ist, wo sich auch im allgemeinen der Frost bisher in mäßigen Grenzen gehalten hat. Jedenfalls gewährt aber der diesjährige Winter, als Ganzes genommen, nicht das Bild, wie es während der letzten anderthalb Jahrzehnte die bei weitem größte Mehrzahl der Winter dargeboten hat: statt fast unauflösbaren Regenwetters bei verhältnismäßig hohen Temperaturen überwiegen Eis- und Schneetage, und die Vermutung drängt sich auf, daß die lange Reihe von Jahren mit milden Wintern nunmehr beendet, daß statt ihrer jetzt wieder einmal eine größere Zahl kalter Winter bevorsteht.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß milde Winter seine eigentlichen Schneewinter sind. Denn ihre Eigenartlichkeit ist ja das Vorwiegen von Regenfällen, und es tut nichts zur Sache, daß auch in sonst sehr milden Wintern gelegentlich einmal besonders starke Schneefälle vorkommen. Aber selbst der gewaltigste Schneefall macht noch keinen Schneewinter. Um von einem solchen sprechen zu können, ist es erforderlich, daß an vielen Tagen Schnee fällt, daß ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz der winterlichen Niederschläge in Gestalt von Schnee herunterkommt und daß sich längere Zeit hindurch eine zusammenhängende Schneedecke erhebt. Alle diese Voraussetzungen sind aber nur in einem strengen Winter gegeben, und schon daraus geht hervor, daß Schneewinter gewöhnlich auch strenge Winter sein werden. Freilich wird nicht jeder strenge Winter auch ein Schneewinter zu sein brauchen; so zeichnete sich der mäßige strenge Winter 1908/09, der in Bezug auf die Kälte im Durchschnitt dem des Jahres ziemlich gleich kam, keineswegs durch besonderen Schneereichtum aus. Weit größer war dieser im Winter 1906/07, der an Strenge hinter den beiden Wintern 1908/09 und 1910/17 zurückstand. Zu berücksichtigen bleibt auch, daß der Schnee in ganz anderem Maße als die Temperatur an enger begrenzte Striche, oft sogar an den Ort, gebunden ist, daß er, wie Vöhrle sagt, eine sehr launenhafte meteorologische Erscheinung darstellt. Oft werden verhältnismäßig kleine Landstriche mehrfach hintereinander von starken Schneefällen heimgesucht, während in nicht weiter Entfernung davon wenig oder gar kein Schnee fällt. Beispielsweise war bei dem gewaltigen Schneefall, den Berlin am 31. Januar 1907 erlebte und der zu den stärksten gehörte, die je in der Reichshauptstadt vorgekommen sind, die Schneemenge selbst innerhalb der Stadt von einem Ende zum anderen sehr verschieden. Während damals im Südwesten 84,8 Zentimeter Niederschlag verzeichnet wurden und der Schnee 80 Zentimeter hoch lag, fielen im Nordwesten nur 17,6 Zentimeter Niederschlag, die eine Schneedecke von 19 Zentimeter Höhe trugen. Dabei sind die beiden meteorologischen Beobachtungsstationen in der Luftlinie nur etwa drei Kilometer voneinander entfernt. Es ist das eine Erscheinung, ähnlich der der Strichregen und der Gewitterregen des Sommers, die sehr oft ganz scharf von Gebieten völliger Trockenheit umgrenzt sind. Sehr zu unterscheiden ist, was die Schneehäufigkeit und Menge anlangt, auch zwischen Ebene und Gebirge. Im letzteren ist eigentlich jeder Winter schneereich, da infolge der in größeren Höhen herrschenden niedrigen Temperatur im Gebirge meist die Niederschläge auch dann in Schneeform fallen, wenn es in der Ebene bei mildem Wetter regnet. Sieht man von den Gebirgsgebieten ab, so ist Deutschlands schneereichste Gegend der Nordosten, insbesondere die Provinz Ostpreußen, was wiederum mit der größeren Strenge der Winter in diesem von dem sarmatischen Steppenklima beeinflussten Gebiet zusammenhängt.

Schneefälle von so großer Intensität, daß sie eine Schneedecke von 80 Zentimeter und mehr ergeben, gehören in Mitteleuropa überall zu den großen Seltenheiten. In Berlin, dessen zwei Jahrhunderte umfassende Witterungsgeschichte Vöhrle geschrieben hat, war der stärkste Schneefall der letzten hundert Jahre am 21. Dezember 1829. An diesem Tage lag die Schneedecke 80 Zentimeter hoch. Es folgte der 10. April 1887 mit 85 Zentimeter, 40 Zentimeter hoch lag in Berlin der Schnee am 1. Februar 1907 nach zweitägigem, fast ununterbrochenem Schneefall; es war der bedeutendste, den die ebene Berliner Generation gesehen hat. Die Vereitigung der ungeheuren Schneemassen nahm mehr als drei Wochen in Anspruch und kostete der Stadt rund anderthalb Millionen Mark. Auch dem großen europäischen Elbster-Schneesturm von 1913 lag in Berlin —

übrigens auch in einem großen Teil Nord- und Ostdeutschlands — die Schneedecke 81 1/2 Zentimeter hoch; 80 Zentimeter hoch lag der Schnee in Berlin weiterhin am 17. Januar 1898, sowie am 8. März 1908. In diesem Winter haben besonders die letzten 14 Tage in verschiedenen Gegenden Mitteleuropas außerordentlich große Schneemengen gebracht. So hatte Wien am zweiten Weihnachtstage einen der gewaltigsten Schneefälle seiner Witterungsgeschichte, der eine Schneedecke von etwa einem halben Meter Höhe erbrachte. In manchen Stellen der Stadt waren die Verwehungen 1 Meter hoch. Sofort darauf einsetzendes Tauwetter erleichterte die Beseitigung der ungeheuren weissen Flut. In den ersten Januartagen hatte Ostpreußen sehr schwere Schneestürme zu bestehen, und am 6. Januar 1918 lag der Schnee in Osterode 40, in Königsberg 85, in Anklam 82 Zentimeter hoch. Die zweite Januartage brachte weiten Teilen Süddeutschlands mächtige Schneefälle, die zeitweilig den ganzen Eisenbahnverkehr lahmlegten. In Berlin hat es vom 8. bis zum 12. Januar Tag für Tag und meist stark geschneit. Auch das ist für den einzelnen Ort schon eine ungewöhnliche Erscheinung; es ist doch in Berlin in lediglich Jahren nur neunmal vorgekommen, daß es an sieben oder mehr aufeinanderfolgenden Tagen geschneit hat. Vier gehören die längsten Perioden von Schneefall der Neuzeit an. So schneite es 1888 vom 26. Januar bis zum 12. Februar jeden Tag, also an achtzehn aufeinanderfolgenden Tagen, im folgenden Jahre 1889 vom 2. bis 15. Februar, somit an vierzehn Tagen. Eine Periode von ähnlich langer Dauer hatte in Berlin nur der Winter 1898/97 mit zehn aufeinanderfolgenden Schneetagen.

Auch die Dauer einer geschlossenen Schneedecke hängt begrifflicherweise eng mit dem Charakter des Winters zusammen. Je strenger er ist, um so länger wird sich die weiße Decke erhalten. Denn jede durchgehende Tauwetterperiode wird den Schnee natürlich zum Schmelzen bringen. Die längste Dauer einer geschlossenen Schneedecke in Berlin betrug 67 Tage und fiel in die Zeit vom 4. Januar bis 11. März 1895; 68 Tage lang lag ununterbrochen Schnee vom 25. November 1890 bis 20. Januar 1891. Auch vom 6. Januar bis 6. März 1898, also an lediglich 7 Tagen, trug in Berlin der Boden ununterbrochen eine weiße Decke. Alle drei Winter waren kalt, besonders der letztgenannte, dessen Strenge seither noch nicht wieder erreicht worden ist.

Der gegenwärtige Winter hat an Schneereichtum zwar den von 1906/07 noch nicht erreicht, er steht auch noch hinter dem von 1908/09 zurück; aber wir befinden uns auch jetzt in der Mitte des Winters, und es ist sehr wohl möglich, daß er in Bezug auf Schneereichtum wie auf die Strenge des Frostes seinen Vorgänger sowohl wie die beiden genannten früheren strengen Winter der neuesten Zeit noch überbietet wird.

„Frohe Abende“.

Der erste der vom Götterbund Berlin geplanten „Frohen Abende“ hat am Montag im Schauspielhaus stattgefunden. Zunächst: Das nicht eben zahlreiche Publikum bestand größtenteils aus — Kindern. Nicht, als ob sie ausgeschlossen bleiben müßten vom künstlerischen Fremdenabende — darüber würde ja noch zu reden sein. Aber eine gewisse, obwohl nicht beabsichtigte Unstimmigkeit lag doch darin. Es mag deshalb, um einer irgendwie irrigen Auffassung von vornherein zu begegnen, darauf hingewiesen sein, daß diese „Frohen Abende“ vorwiegend als literarisch-künstlerische Unterhaltungen für Erwachsene, und zwar für die vom Krieg härter betroffene Bevölkerung bestimmt sind. Freiheit und Freude, wie sie nur allein dem unerschöpflichen Faubertorn der Kunst und Poesie entspringen, sollen in traurige Herzen gelenkt werden. Das war denn auch die Quintessenz, die Hermann Sudermann durch ein improvisiertes Märchen von einem, der auszog, Freude zu suchen, mit glücklicher Beziehung auf dies Auditorium zu verdeutlichen trachtete. Und gleich begann die Reihe hochkünstlerischer Vorträge. Raum erschloß der Ruf — und siehe: alle, alle kamen sie unsere Musiker, Sängerrinnen, Vortragmeister. Da hörte man Waldemar Meyer, den großen Geiger, Erna Denera, Otto Sommerhoff, und dann kamen im zweiten Teil Robert Koppel, de Vogt als Lautenist, ferner ein Hauberkünstler u. a. m. Ganz zum Schluß wurde eine kleine Grotteske „Fräulein Witwe“ von Fuld a temperamento voll und dröhlich gespielt. Wie man sieht: ein überreiches, freilich auch etwas „bunteschickiges“ Programm.

Vorher wird ja ein wenig „Experimentieren“ bonndten sein, um auch wieder entwickelten Kunstschmack entgegenzukommen. Das Emporblühen der Seelen und Geister will begehrt sein. Dann wird das Programm gewählter, die Masse aller, die Freude erwarten, größer und größer werden. Und So ehe muß bei und in allem Dargereichten der Bedarf echterer Kunst sein und bleiben.

Hundertjahresjubiläum einer Maschine.

Am 21. Dezember 1917 waren, wie der „Bromerhus“ berichtet, hundert Jahre verflossen, seitdem eine Dampfmaschine in Betrieb gesetzt wurde, die heute noch ihren Dienst verrichtet. Tag und Nacht hebt die Inermüdbliche im Druckverhause zu Hiant bei Verliesgaden die gefüllte Saljole auf eine Höhe von 356 Meter, von wo aus deren Weiterleitung nach Reichenbach erfolgt.

Die 6 Meter hohe und mit einem Kolben von 950 Zentnern Druckkraft ausgeüstete Maschine wurde von dem weit über Bayerns Grenzen berühmten Mechaniker Georg von Reichenbach, dem Arbeitsgenossen Frankofers, konstruiert und galt zur Zeit ihrer Inbetriebsetzung für die größte Dampfmaschine der Erde. Die von ihr in hundertjähriger ununterbrochener Arbeit bewältigte Gesamtleistung beträgt 7742 Millionen Liter, die einer Salzmenge entsprechen, zu deren Beförderung ein Eisenbahnzug von 2450 Kilometer Länge erforderlich wäre.

Wenn die Veteranin der Arbeit einmal im „Deutschen Museum“ auf der Parabel in München ihren Anteil bezieht, wird sie mit dem Modell jener ersten Dampfmaschine zusammenzutreffen, die einst James Watt erbaute. Als Guldigungsbeitrag für deutsche Erfindungen wurde dieses Modell in friedlichen Tagen vom BenKington-Museum in London der Schweizeranstalt in Bayerns Hauptstadt überwiesen. Wann kehrt ihr wieder, schöne Tage der neidlosen Anerkennung fremden Fleißes, fremden Schaffens und Erfindens?

Kalte Füße.

Kalte Füße sind während des Winters ein sehr verbreitetes Uebel und bringen den geistig Arbeitenden nur zu oft zur Verzweiflung. Die Erhöhung der Temperatur des Zimmers hilft nicht dagegen, ebensowenig wärmere Fußbedeckung, wie dicke Strümpfe, Filzhüte usw., man muß vielmehr suchen, in den Beinen und Füßen den mangelhaften Blutlauf wieder herzustellen. Es kann am besten durch Bewegung geschehen. Ein beliebtes Mittel ist, sich langsam auf die Fußspitzen zu erheben, längere Zeit auf den Fußspitzen zu gehen, wiederholt Ankniefen zu machen, alle diese Übungen müssen aber ziemlich lange fortgesetzt werden. Oft hilft auch wiederholtes Wechseln der Strümpfe. Sehr gut wirken auch weiche warme Bäder, indem man die Füße etwa eine Viertelstunde abwechselnd je 5 Minuten in heißes und kaltes Wasser hält. Es wird dadurch eine viel gründlichere Durchblutung der Haut hervorgerufen als nach einfachen heißen Bädern oder Umrreibungen; zuletzt muß feis das kalte Wasser benutzt werden. Kalte Fußbäder allein verhehlen oft ihren Zweck. Natürlich darf man weder enges noch feuchtes Schuhwerk tragen, auch feins, das die Luft zu sehr vom Fuße absperrt. Ganz schädlich ist es, mit kalten Füßen zu Bett zu gehen; dann ist es schon besser, eine Wärmflasche zu gebrauchen, als sich stundenlang frierend und schlaflos im Bett herumzuwälzen.

System und Schieber.

Zum Schieber sagte das System: Du bist mir wenig angenehm — sei nett und still. . . es ist mir lieber! Raul erwiderte der Schieber, jetzt bin ich nett. . . wie spricht denn du? Du nährst die Luft, ich melde die Luft — find wir nicht brüderlich am Werk? — Ja! Da stand der Doh am Berge. Wir mittlerweile, sanft und zart, wir andern wollen uns gern begnügen, es schämt sich was in unern Krühen — Die Milch der frommen Denkungart. Die liefern sie uns prompt und blühlich. . . ein mit der Milch! (Peter Schar im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Tarkisch-Unterricht, kostenlos für Damen, findet im Berliner Handwerker-Verein, Sophienstr. 18, jeden Dienstag 8 1/2 Uhr abends statt, beginnend Dienstag, den 23. Januar; für Herren und Damen freis. Sonntags 11 Uhr vormittags. In der Fortbildungsschule werden alle Elementarfächer, auch Buchführung, Sprachen, Hauswirtschaftslehre, Säuglings- und Krankenpflege unterrichtet. Unterrichtsgeb. 2 bis 5 M. vierteljährlich. Stundenpläne kostenfrei von der Geschäftsstelle.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siedig. „Aber warum denn? Wenn's doch 'son braver Mensch ist?“ Gertrud verwunderte sich. „Keine Mutter kann ihn nicht leiden — hu, die ist böse! Aber wenn ich ihn nicht kriege, geh' ich ins Wasser!“ Erregt sprang das Mädchen auf, unruhig lief es in der Stube umher. Das Kind, durch die Festigkeit aus einem leisen Schlummer geweckt, fing an zu quarren. Gertrud wollte es nehmen, aber Margarete wollte es nicht lassen. „So ein Kind, so ein süßes Kind, ach, wenn ich doch auch ein Kind hätte!“ Sie fing an zu schluchzen. Diese Aufregtheit hatte wirklich etwas Beunruhigendes. Gertrud war eigentlich ganz froh, als die andere endlich aufbrach. Bis zu den ersten Häusern wollte sie Gretchen bringen. Sie schlug ein Tuch um sich und das Kind und nahm es auf den Arm, an dem anderen hing sich die Dietrich. Um die beiden Frauengestalten, die langsam den Häusern zuwandten, wab sich die Dämmerung. Sie waren beide dunkel gekleidet, und dunkel waren auch schon die Felder, rechts und links der Chaussee. Geheimnisvolle dunkle Gestalten standen im Dunkel und schienen zu winken. Margarete hing sich fester an Gertruds Arm und drängte sich an sie: „Wie gut, daß Sie mitgehen. Ich fürde vor Angst. Ach, mein liebes Trudchen, nicht wahr, du kommst zu meiner Hochzeit? Ja, lade dich ein. Ach, sag doch, bu' zu mir — es macht mich glücklich. Sag, hast du mich lieb? Ja, habe keinen Menschen, der mich so recht lieb hat — ich bin ja so arm!“ War das merkwürdig von der, so etwas zu sagen! Gertrud dachte darüber nach, als sie nun allein zurückging. „Ja, bin ja so arm“ — wie stimmte denn das? Gertrud fuhr plötzlich zusammen, sie hörte ein Weinen. Durch die Dunkelheit kam etwas hinter ihr hergetrappelt. Nun heute es laut. Erschrocken blieb sie stehen: Dombrowskis Kinder? „Wo kommt ihr denn her? Wo ist denn eure Mutter?“ Die kleine Nina sahte verzängstigt nach Gertruds

Kleid- und flammerte sich an: „Huh, so dunkel, 's is so dunkel!“

Der Junge aber schimpfte los! „Mutter —? Oh die! Hat uns nach Hause geschickt. Die amfieri sich!“

Was sollte das heißen? Die amfieri sich? Gertrud wollte eben, getrieben durch ein seltsam gemischtes Gefühl von Abneigung und einer gewissen Verantwortlichkeit, den Jungen austragen, als durch das Dunkel des Abends ein dumpfes Summen ging. Ein fernes Hallen. Das waren die Glocken der Kirche. Die lag weitab und der Wind stand nicht von dort her, aber man erkannte doch das langsam-schwere, feierliche Dröhnen.

Sie hielt ihren Schritt an, sie gebot dem Jungen, der laut weinerschimpfte, Stille. Nun hörte man's deutlicher. Diese tiefe, ernste, erzerne Stimme. Läuten um diese Zeit? Der Nachmittagsgottesdienst war längst vorbei. Begräbnisse fanden so spät nicht mehr statt; das konnte nur Sieg sein. Wenn es absehte, dreimal von neuem sich erhob. Man konnte das, zu vielen Siegen schon hatten die Glocken geläutet, vor kaum drei Wochen erst für das große Warschau; man war fast gewöhnt daran, bereits wie abgestumpft.

Trotzdem lehrte Gertrud um — Sieg?! Doch! Jetzt haben sie an zum drittenmal! Und wenn sie persönlich denn auch nichts mehr zu verlieren hatte und nichts zu gewinnen, es trieb sie nun doch dem Bahnhof zu. Nicht so allein sein zu solcher Stunde. Da waren die andern, Menschen genug jetzt, da würde sie erfahren, was für ein Sieg es war. Und ob nun bald Friede sein würde.

IV.

Ueber den abendlich-stillen Ort hin hatten die Glocken gerufen: Sieg! Am Bahnhof drängte man sich. So voll wie heute war es selbst dann nicht dort, wenn auf dem Ferngleis Truppentransporte vorbeifuhren. Die hielten hier nicht; aber man winkte den Feldgrauen, die aus den bekränzten, mit allerlei Kreideinschriften befragelten Wagen halben Leibes herausgingen, und ries ihnen gerührte Worte des Grübes und des Abschieds nach. Die Worte gingen zwar verloren in der raselnden Windeschwelle, die winkenden Grüße aber wurden erwidert mit stark gebrautem Hurra.

Jetzt drängte sich die Menge vor dem Anschlag neben der Pahnhoftür.

Die Festung Nowogeorgiewsk, der letzte Halt des Feindes in Polen, nach hartnäckigem Widerstand genommen. Die ge-

lante Verjagung, davon gestern im Endkampfe allein über 20 000 Mann, und vorläufig unübersehbares Kriegsmaterial fielen in unsere Hände.“

Mit hastig hinschiebenden Blicken las man's — stumm. Das war nicht mehr der Jubel der Begeisterung wie bei den ersten Malen, der Krieg dauerte nun schon über ein Jahr.

„Mutter, haben die nu bald verspielt?“ fragte plötzlich eine Kinderstimme ganz laut.

Die Mutter hatte im ungewissen Sternensicht, mühsam herausstudierend, halblaut gelesen, nun schweig sie verlegen. Die hohe Kinderstimme war weit vernehmbar. Die zunächst Stehenden lachten. „Sei stille,“ wisperte die Mutter.

„Dann kommt unser Vater auch wieder, nicht wahr, Mutter?“ fragte die Kleine unbeirrt weiter.

Die Frau schüttelte stumm verneinend den Kopf; sich durch das Gedränge hastig Bahn brechend und das Kind hinter sich dreingehend, lief sie davon.

Es war die Frau des Schlossers Frank von der Ede am Markt, er war vor vierzehn Tagen am Nareto gefallen. „Nun sieht sie da mit dem großen Geschäst — 'n paar alte Gesellen hat sie vor der Hand wohl noch — er hat alles ins Geschäft reingesteckt — schlimm für sie, schlimm für die Kinder — fünf hat se, alle noch klein!“

„Die is noch nicht am schlimmsten dran“, sagte eine andere Stimme. „Aber wenn sie nur den Mann hat, weiter nichts, kein Geschäft und keine Kinder — nur den Mann!“

Sie blickten sich alle um nach der weihen Stimme, die sich wie ein Verzweiflungsschrei erhob.

Die kleine verzweifelte Frau duckte sich schen. Das hatte sie nicht gewollt, daß alle nach ihr hinsahen, es war ihr nur so herausgehoben, wider ihren Willen laut. Als ob sie selbst durch die Dunkelheit jeden mitleidigen Blick als Verleibigung fühlte, froh sie ganz in sich zusammen. Sie wollte niemandes Mitleid, es brauchte sich keiner um sie zu kümmern, sie hatte auch keinen nötig. Leben wollte sie ja nicht mehr. Sich vertriehen wie ein krankes Tier und sterben, das wollte sie.

In einem hilflosen Weihen, wie ein verlassenes Kind schlich sie eben davon, da legte sich eine Hand auf ihre Schulter: „Liebe Frau!“ Es lag ein großer Nachdruck auf dem Liebe, eine herzliche Freundlichkeit im Ton.

(Fortf. folgt.)

